

N i e d e r s c h r i f t

**der 32. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Stadtrates am 25.04.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Markplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 14:05 Uhr bis 19:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		anwesend bis 15:48 Uhr
Herr Harald Bartl	CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Frank Sängler	CDU	
Herrn Gernot Töpfer	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	Die Linkspartei. PDS	
Frau Franziska Godau	Die Linkspartei. PDS	
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS	
Herr Uwe Heft	Die Linkspartei. PDS	anwesend von 14:15 bis 18:58 Uhr
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS	
Frau Elisabeth Nagel	Die Linkspartei. PDS	
Herr Erhard Preuk	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	anwesend von 14:20 bis 16:55 Uhr
Herr Rudenz Schramm	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	anwesend ab 14:45 Uhr
Herrn Dirk Neubauer	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	anwesend ab 14:45 Uhr
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBürger	
Herr Eberhard Doege	BG	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG	
Frau Dagmar Szabados	BGM	
Frau Andrea Machleid	NPD	

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU
Frau Isa Weiß	CDU
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Die Linkspartei. PDS
Frau Dr. Petra Sitte	Die Linkspartei. PDS
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Andreas Hajek	FDP

zu **Einwohnerfragestunde**

Frau Margot Langner, Vertreterin des HFC-Fanclubs, fragte nach dem aktuellen Verfahrensstand zum Neubau eines Stadions. Der Grundsatzbeschluss sei vor längerer Zeit gefasst worden. Laut derzeitigen Zeitungsmeldungen schwänden wohl die Erfolgchancen für einen Stadionneubau. Damit wolle man sich nicht abfinden. Frau Langner erläuterte ihre Motive für die Anfrage und bekräftigte die Priorität des Sports – und insbesondere des Fußballs – in Halle. Hierfür seien moderne Trainings- und Wettkampfstätten unerlässlich. Sollte das derzeitige Verfahren nicht zum Erfolg führen, dann biete sich ja vielleicht eine private Alternative, die dann aber auch nicht ohne Hilfe der Stadt realisierbar wäre. Frau Langner fragte weiterhin, ob es Überlegungen zu Alternativvarianten gäbe.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler dankte Frau Langner für die Ausführungen. Man könne sich in fast allen Fragen ihren Ausführungen anschließen. Sie glaube, dass die Überzeugung, dass dieser Stadtrat hinter dem Fußball stehe, sei auch durch den gefassten Ratsbeschluss zum Neubau eines Sportzentrums, wieder bestätigt worden. Man habe nun versucht, einen Weg zu beschreiten, welcher im Moment noch keinen Erfolg gezeigt habe. Es sei richtig nachzufragen, wie es weiterginge. Herr Beigeordneter Doege könne weitere Informationen zum Sachstand geben.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, erläuterte noch einmal, dass man aufgrund der bestehenden Haushaltssituation eben diesen Weg beschritten habe, da die Stadt keine kommunalrechtliche Genehmigung für Kreditaufnahmen oder Bürgschaften bekomme. Zurzeit sehe es so aus, dass sowohl das private Bieterkonsortium als auch die Stadt am 24.04.2007 aufwändige und lange Gespräche geführt haben. Beide Seiten sollen prüfen, inwieweit man ggf. aus der rechtlichen und tatsächlichen Sicht nochmals Abstriche machen könne und eine Lösung finde, die sowohl vom Stadtrat als auch der Genehmigungsbehörde akzeptiert werden kann. Daran würde zurzeit gearbeitet. Im Mai wolle man sich endgültig verständigen. Die Aussichten seien jedoch als sehr schwierig anzusehen. Für den Fall – den man im Moment noch nicht unterstellen könne – dass das Vergabeverfahren nicht zum Erfolg führe, seien in den Medien bereits aus verschiedensten Kreisen schon Ideen und Äußerungen ausgeführt worden. Sollte dieser Fall eintreten, würde die Stadt natürlich derartige Privatinitiativen mit den gegebenen Möglichkeiten unterstützen. Hierfür sei allerdings vorher noch der Stadtrat anzuhören und zur Entscheidung heranzuziehen.

Herr Robert Frickinger äußerte sich im Auftrag von Frau Christine Conrad, Betreiberin des Bordells „X-Carree“ am Hauptbahnhof. Er fragte, ob eine Anstalt des öffentlichen Rechts – in diesem Fall die Stadt- und Saalkreissparkasse Halle – die Erfüllung ihres gesetzlich zugewiesenen Auftrags verweigern dürfe, diesem Auftrag sogar zuwiderhandeln und ihre Geschäfte anstatt nach kaufmännischen Grundsätzen nach den persönlichen Moralvorstellungen der Vorstände führen dürfe. Dies würde nur deshalb geschehen, weil die betroffene Unternehmerin ein Bordell betreibe. Herr Frickinger gab Erläuterungen zu den von ihm ausgereichten Unterlagen. Er fragte nach dem Sinn dieses Verhaltens.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler äußerte sich erstaunt über die vor dem Stadtrat gemachten Ausführungen. Der Stadtrat sei für Kreditvergaben u. Ä. nicht zuständig. Die Stadt sei Träger der Sparkasse und sie selbst Verwaltungsratsvorsitzende. Die von Herrn Frickinger vorgebrachten Anschuldigungen könne sie so nicht stehen lassen und auch nicht vertreten. Sie werde dem Fall in der konkreten Form nachgehen. Er erhalte eine schriftliche Auskunft.

Herr Gotthard Voß – Vorstand der Gesellschaft der Freunde der Staatskapelle Halle e. V. – übergab das Ergebnis einer Unterschriftensammlung zugunsten der Staatskapelle Halle, an der sich 13.115 Bürgerinnen und Bürger beteiligt hätten. Er fragte, ob man als Zeichen der Anerkennung dieser breiten Meinungsäußerung bereit sei, neben dem Orchestervorstand auch eine Publikumsvertretung an der Vorbereitung weiterer Entscheidungen zur Erhaltung der Staatskapelle Halle zu beteiligen. Weiterhin fragte Herr Voß, wann endlich zur Kultur in Halle eine Analyse der vorhandenen Potenziale erstellt werde und daraus folgernd ein Gesamtkonzept vorgelegt wird, in das auch die Staatskapelle eingebunden ist.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler dankte Herrn Voß für die Übergabe der Unterschriften. Dies mache deutlich, welche Sympathie die Staatskapelle hier in Halle genieße. Angesichts der Haushaltslage müsse man jedes Jahr neu entscheiden, wie man mit den vorhandenen Mitteln umgehe. Die Stadt sei hier auch Zwängen ausgeliefert, so dass Einschnitte auch an Stellen nötig sind, die ein bestehendes Konzept aufweisen. Sie bat Herrn Dr. Marquardt, auf die gestellten Fragen einzugehen.

Herr Dr. habil. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, bezog sich auf die erste Frage zur Einbeziehung einer Publikumsvertretung. Dieser würde nichts entgegenstehen. Allerdings müsse man konkrete Schritte und Wege einhalten. Der Stadtrat und das Orchester müssen ebenso einbezogen werden. Es gebe hierzu bereits Vorstellungen, die mit dem Orchestervorstand und auch mit dem Personalrat des Verbundes besprochen wurden. Die Verwaltung habe zum weiteren Vorgehen einen Vorschlag erarbeitet, der auch demnächst dem Orchestervorstand und dem Personalrat vorgestellt werde.

Das Orchester sei gebeten worden, sich selbst auch Gedanken zu machen, welche alternativen Vorschläge es noch geben könnte und welche Möglichkeiten das Orchester selbst sehe, zu sinnvollen Einsparungen zu kommen. An dem zur Debatte stehenden Betrag könne man aufgrund der Haushaltslage der Stadt keine Abstriche machen. Dieser Betrag umfasst 2,5 Mio. Euro. Die gesamte Kulturlandschaft müsse hierbei betrachtet werden und dies sei auch geschehen. Man habe damals mit dem Fusionsbeschluss die Hoffnung verbunden, dass dies reichen könnte und würde. Seit dem 08.12.2006 habe man eine grundsätzlich andere Situation.

Das Landesverwaltungsamt habe in einem entsprechenden Schreiben strenge Auflagen an die Stadt erteilt und auch Androhungen von Zwangsmaßnahmen – darunter Schließung von zuschussbedürftigen Einrichtungen im sog. „freiwilligen Bereich“ – vorgenommen. Ebenso sei die Stadt gezwungen, das Haushaltskonsolidierungskonzept im Umfang von 20 Mio. Euro nochmals nachzubessern. Man sei bemüht, gemeinsam mit dem Orchester eine Lösung zu finden.

Herr Lutz Machacek stellte sich als Wochenmarkt-Händler vor. Er habe ein Problem mit dem dies- und auch letztjährigen Weihnachtsmarkt. Wieder gebe es eine Angebotseinschränkung. Dies sei für ihn unverständlich, zumal es sich hier um Mützen, Schals, Strumpfwaren, Handschuhe, Tonträger und Lampenerzeugnisse handele. Für Herrn Machacek fehlen die Attraktivität und die Angebotsvielfalt. Es könne nicht sein, dass ein Weihnachtsmarkt fast nur noch aus Glühwein- und Imbissständen bestehe oder immer nur das gleiche Sortiment – wie z. B. Kerzen, Porzellan, Tonerzeugnisse, Schwippbögen – angeboten wird. Seine Frage lautete, weshalb es keine Öffnung des Weihnachtsmarktes dahin gehend gebe, dass alle weihnachtstypischen Artikel angeboten werden können.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, antwortete, dass es seit mehreren Jahren in der Stadt Halle die Festlegung gebe, dass man sich beim Handelssortiment bewusst auf das, was sehr eng mit dem Weihnachtsfest verbunden sei, beschränke.

Er widersprach der Darstellung, dass der Weihnachtsmarkt nahezu durch Glühweinstände geprägt sei. Diese Sortimentsbeschränkung sei durchgeführt worden, da die Stadt in den vorangegangenen Jahren bei den angebotenen Artikeln, die Herr Machacek aufgezählt habe, stets kritisiert wurde, dass dies nicht für einen Weihnachtsmarkt zuträglich bzw. typisch sei. Insoweit habe man seit mehreren Jahren die Festlegung – auch zukünftig – getroffen, bei der jetzt gewählten Form der Ausschreibung zu bleiben. Es sei dadurch kein Urteil über die Qualität des Sortiments ausgesprochen. Generell stehe die Verwaltung dazu, diese Artikel als nicht weihnachtsmarkttypisch zu betrachten.

Herr Peter Hoffmann sprach im Auftrag vieler Anlieger aus Büschdorf, die ihre Grundstücke bzw. Vorgärten zugunsten der Straßenbahnerneuerung opfern müssen. Man kritisiere, dass es im Vorfeld dieser Baumaßnahmen keine Zusammenarbeit mit den Bürgern gab. Lediglich zwei Informationsveranstaltungen hätten stattgefunden. Man wolle auch ein Wort mitreden, was hier passiere. Soweit ihm bekannt sei, gebe es durchaus Bürger, welche bereit seien, durch alle Instanzen zu gehen. Dies solle man im Vorfeld abklären, bevor solche Baumaßnahmen in das fortgeschrittene Stadium gelangen, in dem sie sich heute befänden.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, ging auf die Anmerkung ein, dass die Baumaßnahmen in einem sehr fortgeschrittenen Stadium seien. Dies sei nicht richtig. Man befinde sich in der Phase der Vorplanung. Nachdem diese an verschiedenen Stellen bekannt gemacht worden sei, erfolgt die konkrete Verhandlung mit den einzelnen beteiligten Grundstückseigentümern. Dies stünde also noch bevor. Es seien daher noch keine Entscheidungen getroffen, die die Grundstückseigentümer in ihren Rechten beeinträchtigen. Herr Dr. Pohlack bat um etwas Geduld; der Planungsprozess der Delitzscher Straße würde die Stadt noch eine Zeitlang beschäftigen.

Herr Rainer Panse, Vertreter des Fördervereins Parkeisenbahn, trug seine Anfrage bezüglich der Parkeisenbahn vor. Warum lasse es Frau Oberbürgermeisterin Häußler zu, dieser in existenzgefährdender Art den Betrieb zu verwehren? Seit 40 Jahren sei er Parkeisenbahner in Halle. Die Stadt als Eigentümer und Betreiber der Bahn habe das Personal bis auf eine Vollzeitstelle verringert, obwohl bekannt sei, dass eine einzelne Arbeitskraft keine Eisenbahn betreiben könne und dürfe. Der von ihm ebenfalls geführte Förderverein habe seine letzte finanzielle Zuwendung zu Zeiten des Oberbürgermeisters Dr. Klaus Rauen erhalten, fördere aber trotzdem die städtische Parkeisenbahn und habe den Fahrbetrieb zu Ostern technisch und personell ermöglicht. Dabei wurden fast 4.300 Euro Einnahmen erzielt. Ein Feedback zu diesen Aktivitäten habe der Förderverein von der Stadt nicht bekommen. Er vermisse ein handelndes Bekenntnis zur Parkeisenbahn. Lediglich ein Absichtsbekenntnis, die Bahn würde auch nach Ostern fahren, läge vor. Dem sei nicht wirklich so. Ebenso ging Herr Panse auf die jeweiligen Zahlen hinsichtlich Kosten und Einnahmen der Parkeisenbahn ein. Offensichtlich würde die Parkeisenbahn schlechter dargestellt. Der Förderverein wird weiter für den Erhalt und Betrieb der Parkeisenbahn arbeiten.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte aus, dass man dem Förderverein zu großem Dank verpflichtet sei. Die Frage allerdings, wie viele Einrichtungen die Stadt behalten könne, müsse immer wieder neu beantwortet werden. Es sei bekannt, dass die Verwaltung um eine Lösung hinsichtlich der Parkeisenbahn ringe. Dass die Stadt Halle sich gar nicht an der Parkeisenbahn beteilige, wies Frau Oberbürgermeisterin Häußler zurück. Allerdings gab sie zu, dass man das Niveau auf das nötigste herunter gesetzt habe. Dies habe man nicht getan, weil man die Parkeisenbahn nicht wolle, sondern weil die Stadt in Nöten sei. Viele Dinge würde man gern nebeneinander erhalten. Man sei aber auf die Unterstützung von Bürgern, Vereinen und Privaten angewiesen. Sonst müsse man sich von noch mehr verabschieden.

In Zahlen betrachtet äußerte sie, dass man in den Jahren seit 1990 viele Einrichtungen gehabt habe – allerdings bei einem Einwohnervolumen von 320.000. Vieles habe man versucht zu behalten. Das Steuervolumen sei gesunken um eben 80.000 Einwohner. Daher müsse die Stadt sich von Dingen trennen oder Formen finden, wie das eine oder andere weitergehen könne. Zu ihrer Entscheidung, den Trägern freiwilliger Leistungen die Zahlung nicht zu bewilligen, erläuterte Frau Oberbürgermeisterin Häußler, dass auch dies aus der Not heraus geschehe. Die Stadt Halle befinde sich seit mehreren Jahren in der vorläufigen Haushaltsführung. In diesen Zeiten gebe es keine Legitimation für Ausgaben im freiwilligen Bereich. Sie als Oberbürgermeisterin müsse für solche Ausgaben eine extra Begründung finden, um darzustellen, weshalb ohne bestätigten Haushalt Geld freigegeben wird. Die großen Städte – so auch Magdeburg und Dessau – seien ohne bessere Unterstützung der Landesregierung nicht mehr in der Lage, allein zu finanzieren. Man habe versucht, sowohl Landesregierung und auch Landtag aufzuzeigen, was passiere, wenn sich die finanzielle Situation in den Städten nicht ändere. Dies habe geholfen und die Stadt erhalte Unterstützung.

Das Innenministerium habe einen Erlass angekündigt, damit trotz vorläufiger Haushaltsführung das öffentliche Leben nicht zum Erliegen komme. Deshalb seien die nötigsten zu tätigen Ausgaben freizugeben. Frau Oberbürgermeisterin Häußler teilte mit, dass die vorläufige Haushaltsführung der Stadt Halle (Saale) vom Landesrechnungshof überprüft und kritisiert worden sei. Die Kommunalaufsicht habe die persönliche und strafrechtliche Haftung der Oberbürgermeisterin in diesem Zusammenhang ebenfalls nochmals sehr deutlich gemacht. Dies sei die momentane Situation, die es zu überbrücken gelte. Daher habe die Stadt Halle den Weg gewählt, um aufzuzeigen, was passieren würde, wenn man sich strikt an das Gesetz hielte.

Nunmehr habe man die Zusage, dass es einen Erlass des Innenministeriums geben werde, der die Stadt ein wenig unterstütze, diese Gratwanderung zu gehen. Daher bereite man alles vor, um ab 1. Mai 2007 die Freigabe der Mittel zu ermöglichen und die Saisonkräfte einzustellen. Frau Oberbürgermeisterin Häußler warb um gegenseitiges Verständnis in dieser Situation. Sie teilte Herrn Panse mit, er könne erst einmal damit rechnen, dass die Saisonkraft eingestellt werde. Aber man müsse sich bewusst sein, dass dies eine freiwillige Leistung sei und wenn es der Stadt nicht gelänge, ihre Ausgaben und Einnahmen ausgeglichen zu gestalten und die Sparmaßnahmen durchzusetzen, würde sie gezwungen sein, noch mehr negative Entscheidungen zu treffen. Abschließend dankte Frau Oberbürgermeisterin Häußler Herrn Panse ausdrücklich für sein Bemühen.

Frau Marianne Dengler, Einwohnerin der Stadt Halle, fragte zur Gaststätte „India Gate“ in der Großen Brauhausstraße. Im August stand diese leer. Sie habe sich an den Geschäftsbereich Planen, Bauen und Straßenverkehr gewandt und nachgefragt, wie es möglich sei, dass eine solch schöne Gaststätte leer stünde und woher die Gelder bzw. Kredite für die Finanzierung solcher Gaststätten kämen. Sie habe hierauf keine Antwort erhalten. Am heutigen Tage habe sich Frau Dengler auf der dortigen Außenterrasse aufhalten wollen und musste feststellen, dass die Gaststätte zerstört sei. Eine neue Gaststätte würde gebaut. Nun frage sie, wie es möglich sei, dass eine Gaststätte so zerstört wird und wer die Gelder für den Neuaufbau gibt.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass die Gaststätten nicht von der Stadt betrieben werden, sondern von Privaten. Diesen gehöre in der Regel die Immobilie und man habe Mieter, welche die Gaststätte betreiben. Ist dies nicht erfolgreich möglich, kündige man und räume das Gebäude. Sollte es dem Besitzer gelingen, einen neuen Mieter zu finden, könne dieser ein anderes Konzept für die Fortführung der Gaststätte haben. Dann müsse ein Teil der bisherigen Prägung des Gebäudes beseitigt und etwas Neues gebaut werden. Öffentliche Gelder jedoch gebe es hier nicht.

Verabschiedung der Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verlas das amtliche Schreiben zum Austritt von Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler. Anschließend verabschiedete er Frau Häußler und überreichte ihr die Dienstaustrittsurkunde.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler richtete einige Worte zum Abschied an den Stadtrat.

Ernennung, Vereidigung und Verpflichtung der gewählten Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gratulierte Frau Szabados nochmals zu ihrer Wahl als Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale). Er vereidigte Frau Szabados und übergab ihr die Ernennungsurkunde.

Frau Szabados wandte sich an die Anwesenden und sprach einige persönliche Worte.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler informierte, dass sie die Stadtratssitzung verlassen wird und von Frau Bürgermeisterin Szabados vertreten werde.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 32. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald B a r t l**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 48 Mitglieder des Stadtrates (84,21 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass zwei Dringlichkeitsvorlagen vorlägen, welche auf die Tagesordnung aufgenommen werden müssten.

Stellungnahme zum Regionalen Entwicklungsplan (Vorlage: IV/2007/06405)

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, begründete die Dringlichkeit der Vorlage damit, dass sich die Stadt in der Abgabefrist befunden hätte und ihre Stellungnahme bereits unter dem Vorbehalt des Stadtratsbeschlusses abgegeben habe. Insofern sei es dringend, dies nachträglich zu legitimieren.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme
der Dringlichkeitsvorlage auf die TO:**

**mehrheitlich zugestimmt
(mit mehr als Zweidrittelmehrheit)**

Herr Bartl schlug vor, diese Vorlage als TOP 5.9 zu behandeln.

Freibadsaison 2007 (Vorlage: IV/2007/06449)

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, äußerte sich dahin gehend zur Dringlichkeit, dass die Öffnung der Freibäder eine freiwillige Aufgabe sei. Die schriftliche Mitteilung des Innenministeriums liege noch nicht vor. Allerdings habe die Stadt Handlungsbedarf, um letztendlich die Freibadsaison mit den entsprechenden Saisonkräften vorzubereiten und zu eröffnen. Er bat um heutige Behandlung der Vorlage.

Herr Dr. Eigenfeld, SPD-Fraktion, gab bekannt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen könne, da seine Ehefrau Pächterin eines Kiosks im Nordbad sei und hieraus Vor- oder Nachteile erwarten könne. Dies beziehe sich ebenso auf die spätere Abstimmung zur Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme
der Dringlichkeitsvorlage auf die TO:**

**mehrheitlich zugestimmt
(mit mehr als Zweidrittelmehrheit)**

Herr Bartl schlug vor, die Vorlage als TOP 5.10 zu behandeln.

Weiterhin informierte **Herr Bartl**, dass der TOP 6.1 – Wiedervorlage

Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur
Erstellung eines Fragebogens
Vorlage: IV/2006/06120

von der Tagesordnung abzusetzen sei. Im Mai würde dieser Antrag behandelt.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, bat darum, die Punkte 5.7 und 7.7 gemeinsam zu behandeln, da bei erfolgter Abstimmung des Punktes 5.7 der Punkt 7.7 seiner Ansicht nach überflüssig sei.

Hierzu äußerte **Herr Heft, Fraktion Die Linkspartei. PDS**, dass dies nicht so sei. Es bestehe nur scheinbar ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Punkten. Während TOP 5.7 den unmittelbaren Baubeschluss für die Instandsetzung der Brückenbauwerke Riebeckplatz betreffe, beinhalte der Antrag 7.7 die Darstellung, welche verkehrsentlastenden Wirkungen denn insgesamt mit der Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost und Riebeckplatz in den Jahren 2000 bis heute sowie Folgejahre erzielbar seien bzw. vorherrschen. Insofern ergeben sich aus Punkt 7.7 gegebenenfalls weitere Schlussfolgerungen und es gebe keinen unmittelbaren Zusammenhang. Herr Heft widersprach einer gemeinsamen Behandlung der beiden Tagesordnungspunkte 5.7 und 7.7.

Herr Weiland zog daraufhin seine Bitte zurück.

Außerdem gab **Herr Bartl** zur Kenntnis, dass die Anfrage 8.6

Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - über die Auswirkung von Cross Border Leasing und Tarifverträgen bei der HAVAG
Vorlage: IV/2007/06427

in den nicht öffentlichen Teil zu verschieben sei.

Weiterhin gebe es zu folgenden Punkten Änderungen und Mitteilungen:

zu TOP 5.8 Wahl von Schiedspersonen
Vorlage: IV/2007/06373

zu TOP 10 Information zur Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema – Parken in der Paul-Suhr-Straße in der Sitzung des Stadtrates am 28.02.2007 (Vorlagen-Nr.: IV/2007/06281)

Stellungnahme der Stadtverwaltung zum aktuellen Trend des „Kampftrinkens“ bzw. „Flatrate-Saufens“ von jungen Menschen

Zudem gebe es eine Mitteilung von Herrn Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, zum Verhalten von Stadträten in der Öffentlichkeit.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte nach, weshalb die Anfrage 8.6 im nicht öffentlichen Teil behandelt werden solle. Immerhin sei in der Antwort ausgeführt, dass es eben noch keine Antwort gebe. Dann könne man dies doch im öffentlichen Teil belassen oder liegt jetzt eine Antwort vor, die den Stadträten noch nicht bekannt sei?

Dies wurde von **Herrn Beigeordneten Dr. Pohlack** verneint.

Daher fragte **Herr Bönisch** erneut, weshalb dann die Behandlung im nicht öffentlichen Teil erfolgen solle.

Herr Beigeordneter Dr. Pohlack antworte, dass die Zwischenantwort keine Antwort auf die gestellte Frage beinhalte, sondern nur aufzeige, dass die Verwaltung noch etwas mehr Zeit benötige.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab nunmehr bekannt, dass die Anfrage auf die kommende Ratssitzung verschoben werde und dort dann im nicht öffentlichen Teil behandelt werde.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, ging auf ihre im Hauptausschuss gestellte Frage zur Stellenausschreibung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung ein. Hierzu sollten am heutigen Tage die Antworten vorliegen. Sie fragte, ob dies eventuell mündlich geschehe.

Frau Bürgermeisterin Szabados sagte dies zu.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis
zur geänderten Tagesordnung:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.03.2007
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 28.03.2007 gefassten Beschlüsse
5. Vorlagen
 - 5.1. Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers
Vorlage: IV/2007/06397
 - 5.2. Umbesetzung in Aufsichtsgremien
Vorlage: IV/2007/06411
 - 5.3. Veränderung der Abonnements der Staatskapelle Halle
Vorlage: IV/2007/06321
 - 5.4. Wirtschaftsplan 2006/2007 für den Zeitraum vom 01.08.2006 bis zum 31.07.2007 für die Kulturinsel
Vorlage: IV/2006/06146
 - 5.5. Feststellung des Jahresabschlusses 2004 der ARGE SGB II Halle GmbH
Vorlage: IV/2007/06380
 - 5.6. Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der ARGE SGB II Halle GmbH
Vorlage: IV/2007/06381
 - 5.7. Baubeschluss Teilinstandsetzung der Bauwerke 34 und 35
Brücken über den Riebeckplatz
Vorlage: IV/2007/06246
 - 5.7.1. Änderungsantrag des Stadtrates Uwe Heft, Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zum TOP 5.7 Baubeschluss Teilinstandsetzung der Bauwerke 34 und 35 Brücken über den Riebeckplatz - Vorlage-Nr.: IV/2007/06246
Vorlage: IV/2007/06464 **ÄA wurde während der Sitzung gestellt**
 - 5.7.2. Änderungsantrag des Stadtrates Uwe Heft, Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zum TOP 5.7 Baubeschluss Teilinstandsetzung der Bauwerke 34 und 35 Brücken über den Riebeckplatz - Vorlage-Nr.: IV/2007/06246
Vorlage: IV/2007/06466 **ÄA wurde während der Sitzung gestellt**
 - 5.8. Wahl von Schiedspersonen
Vorlage: IV/2007/06373
 - 5.9. Stellungnahme zum Regionalen Entwicklungsplan
Vorlage: IV/2007/06405
 - 5.10. Freibadsaison 2007
Vorlage: IV/2007/06449

- 6. Wiedervorlage
- 6.1. *Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Erstellung eines Fragebogens*
Vorlage: IV/2006/06120 *abgesetzt*
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Umsetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL und HOAI
Vorlage: IV/2007/06429
- 7.2. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten
Vorlage: IV/2007/06422
- 7.3. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: IV/2007/06424
- 7.4. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: IV/2007/06425
- 7.5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Kulturausschuss
Vorlage: IV/2007/06401
- 7.6. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur verkehrsrechtlichen Kennzeichnung des Marktplatzes als Fußgängerzone
Vorlage: IV/2007/06402
- 7.7. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Verkehrsentwicklung Riebeckplatz - Europastraße
Vorlage: IV/2007/06418
- 7.8. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zum Sozialticket
Vorlage: IV/2007/06416
- 7.9. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Prüfung der Einführung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen
Vorlage: IV/2007/06419
- 7.10. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Verwaltungshandeln bei Ausschreibungen
Vorlage: IV/2007/06420
- 7.11. Antrag des Stadtrates Martin Bauerfeld - CDU - zur Vorlage und den Änderungen des Haushaltsentwurfes 2007
Vorlage: IV/2007/06421
- 7.12. Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG Volkssolidarität - Halle soll Flagge zeigen
Vorlage: IV/2007/06406

- Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - Umsetzungsantrag des Dringlichkeitsantrages der Stadtratsmitglieder des Kulturausschusses der Stadt Halle (Saale) zum Verbund Oper Halle/Staatskapelle Halle
Vorlage: IV/2007/06430
- 7.13.
8. Anfragen von Stadträten
- 8.1. Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu linksextremen Gruppen in Halle
Vorlage: IV/2007/06276
- 8.2. Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu Asylbewerbern
Vorlage: IV/2007/06394
- 8.3. Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu geduldeten Ausländern in Halle
Vorlage: IV/2007/06395
- 8.4. Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu Maßnahmen zur Kostensenkung bei geduldeten Ausländern
Vorlage: IV/2007/06396
- 8.5. Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - bezüglich der PPP-Projekte der Schulen und Kitas der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06354
- 8.6. *Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - über die Auswirkung von Cross Border Leasing und Tarifverträgen bei der HAVAG vertagt auf Juni-Sitzung/nicht öffentlich*
- 8.7. Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zur schulischen Nutzung von Flächen im Künstlerhaus 188
Vorlage: IV/2007/06431
- 8.8. Anfrage des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zum Konzept für die Peißnitzinsel
Vorlage: IV/2007/06410
- 8.9. Anfrage des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zum Bestand und zur Nutzung von Fahrzeugen der Stadtverwaltung Halle (Saale) und der städtischen Eigenbetriebe
Vorlage: IV/2007/06413
- 8.10. Anfrage des Stadtrates Mathias Weiland - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06415
- 8.11. Anfrage der Stadträtin Prof. Dorothea Vent - MitBürger - zu Ordnungswidrigkeiten von Hundehaltern
Vorlage: IV/2007/06428
- 8.12. Anfrage der Stadträtin Prof. Dorothea Vent - MitBürger - zu Ordnungswidrigkeiten im Bereich unzulässiger Werbung
Vorlage: IV/2007/06433
- 8.13. Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Arbeitsstättenverordnung
Vorlage: IV/2007/06403
- 8.14. Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum 60. Todestag von Richard Robert Rive
Vorlage: IV/2007/06404

- Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum
- 8.15. Projekt "Klimaschutz macht Schule" als haushaltskonsolidierender Beitrag
Vorlage: IV/2007/06423
- Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zur Um-
- 8.16. setzung des Antrages zur Aufstellung von Toiletten auf der Peißnitz
Vorlage: IV/2007/06426
- Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum
- 8.17. Themenkomplex der Fördermittelverwendung bei den freien Trägern
Vorlage: IV/2007/06432
- Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum
- 8.18. Thema Jugendhilfeplanung
Vorlage: IV/2007/06434
- Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum
- 8.19. Themenkomplex Sozialraumgruppenplanung
Vorlage: IV/2007/06435
- Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zur Ver-
- 8.20. teilung der Landesmittel auf die einzelnen Kultureinrichtungen ab 2006
Vorlage: IV/2007/06437
- Anfrage der Stadträtin Elisabeth Nagel - Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle
- 8.21. (Saale) - zu Überstunden in der Stadtverwaltung
Vorlage: IV/2007/06408
- Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) -
- 8.22. zum Mieterticket
Vorlage: IV/2007/06412
- Anfrage der Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) -
- 8.23. zur Feinstaubbelastung der Bürger der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06414
9. mündliche Anfragen von Stadträten
10. Mitteilungen
- Information zur Begrenzung und Strukturierung der Plakatierung für Wahlwerbung und für
- 10.1. gewerbliche Zwecke
Vorlage: IV/2007/06251
- Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "37. Quar-
- 10.2. talsbericht Straßenbahnneubaumaßnahme Halle-Neustadt bis Riebeckplatz/Hauptbahnhof"
Vorlage: IV/2007/06372
- Information zur Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema – Parken in der Paul-Suhr-Straße
in der Sitzung des Stadtrates am 28.02.2007 (Vorlagen-Nr.: IV/2007/06281)
- Stellungnahme der Stadtverwaltung zum aktuellen Trend des „Kampftrinkens“ bzw.
„Flatrate-Saufens“ von jungen Menschen
11. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.03.2007

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 31. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 28.03.2007.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Die Niederschrift der 31. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.03.2007 wurde in der vorliegenden Fassung genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 28.03.2007 gefassten Beschlüsse

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verlas die in nicht öffentlicher Sitzung am 28.03.2007 gefassten Beschlüsse:

zu 3.1 *Personalbedarfsplanung 2006 bis 2015*
Vorlage: IV/2006/06209

Beschluss:

1. *Der Stadtrat beschließt die anliegende Personalbedarfsplanung bis zum Jahr 2015.*
 2. *Dem Stadtrat ist jährlich eine auf einen Prognosezeitraum von 10 Jahren bezogene Fortschreibung vorzulegen.*
 3. *Die Personalbedarfsplanung ist in ein strategisches Personalentwicklungskonzept einzubinden.*
-

zu 3.2 *Vergabebeschluss GB I 01/2007: Gutachten zu den Kommunalen Wohnungsunternehmen GWG und HWG*
Vergabe von Beratungsleistungen zur Neustrukturierung der städtischen Wohnungsgesellschaften
Vorlage: IV/2007/06315

Beschluss:

1. *Der Stadtrat beschließt, für die Stufe I der Firma Pricewaterhouse Coopers/Legal AG mit einer Nettosumme von 250.000,00 Euro zzgl. Umsatzsteuer den Zuschlag zu erteilen.*
2. *Für den Fall, dass das Verfahren nach einem entsprechenden Stadtratsbeschluss fortgesetzt wird, beschließt der Stadtrat, die PWC mit der Umsetzung (Stufe II) zu beauftragen. Die damit verbundenen Kosten werden abhängig von der gewählten Variante ermittelt (maximal 960.000,00 Euro Netto).*

zu 3.3 Vertragliche Bindung zur Absicherung von sozialen Leistungen der Stadt Halle nach § 16 (2) SGB II und anderen Sozialgesetzen sowie Zuschüsse an Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppen in 2007
Vorlage: IV/2006/06150

Beschluss:

Teil I

Vertragliche Bindung zur Absicherung von sozialen Leistungen der Stadt Halle (Saale) nach § 16 (2) SGB II und anderen

1. Der Fortsetzung folgender Vereinbarungen mit mehrjähriger Laufzeit vom 01.01.2007 bis 30.06.2009 und der Option der weiteren Verlängerung um weitere 2,5 Jahre zur Erbringung sozialer Leistungen (Pflichtleistungen der Stadt) und deren Finanzierung wird zugestimmt, mit der Maßgabe, dass ein jährliches Kündigungsrecht vereinbart wird.

Träger	Projekt
	Suchtberatungsstellen
AWO KV Halle e.V.	
DPWV Halle e.V.	
Ev. Stadtmission Halle e.V.	
	Schuldnerberatungsstellen
Courage e.V.	
Verbraucherzentrale SA e.V.	
Humanistischer Regionalverband e.V.	
Suchtbetroffene/psychisch Kranke	
Labyrinth/DBS e.V.	Begegnungsstätte
Stadtinsel e.V.	Psychosoziale Kontaktstelle
Telefonseelsorge	Sorgentelefon
Obdachlosigkeit	
Caritasverband Halle e.V.	Bahnhofsmision
Ev. Stadtmission Halle e.V.	Wärmestube
Gesamt	

2. Der Rat stimmt der Fortsetzung folgender Vereinbarungen mit jährlicher Bindung und Verlängerung um ein weiteres Jahr, wenn der Vertrag nicht ohne Angabe von Gründen bis zum 15.11. des Vorjahres gekündigt wird, zu.

Träger	Projekt
Behinderte/Kranke	
AIDS Hilfe Halle e.V.	Präventionsarbeit
Allgem. Behindertenverband Halle e.V.	Kommunikations- und Begegnungsstätte
Senioren	
Seniorenvertretung e.V.	Geschäftsstelle
Bürgerladen e.V.	Begegnungsstätte

<i>VS 1990 e.V. Halle</i>	<i>7 Begegnungsstätten</i>
<i>sozialraumorientierte</i>	<i>bürgerschaftliche</i>
<i>Soziales Arbeiten und Lernen e.V.</i>	<i>Kommunikationszentrum für Arbeitslose</i>
<i>Gesamt</i>	

zu 3.4 *Option zum Verkauf kommunaler Grundstücke sowie eines in der Verfügungsbefugnis der Kommune stehenden Grundstücks gemäß § 10 (2) Art. 233 EGBGB
Vorlage: IV/2007/06254*

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Vereinbarung eines Optionsrechtes zum Ankauf der in der Beschlussvorlage näher bezeichneten kommunalen Grundstücke und eines in der Verfügungsbefugnis der Stadt stehenden Grundstücks mit der Stadtwerke Halle GmbH, Bornknechtstraße 05 in 06108 Halle (Saale) zu, verbunden mit dem Recht für die Stadtwerke Halle GmbH, innerhalb des Optionszeitraumes einen Dritten als Käufer zu benennen. Der Optionszeitraum endet am 31. Dezember 2011.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, äußerte sich – bezogen auf die letzte Stadtratssitzung – zum Mitwirkungsverbot. Er bat Herrn Willecke, Fachbereichsleiter Recht, um genaue Auskünfte hierzu.

Herr Willecke, Fachbereichsleiter Recht, erläuterte, dass Aufsichtsratsmitglieder, die auf Vorschlag der Stadt durch die Gesellschafterversammlung in den Aufsichtsrat gewählt würden, nicht an Entscheidungen mitwirken dürften, an denen das Unternehmen ein wirtschaftliches Interesse habe, wie z. B. der Feststellung des Jahresabschlusses. Eine Interessenkollision und damit ein Mitwirkungsverbot sehe das Gesetz nicht vor, wenn das Ratsmitglied in das Gremium entsandt werde. Eine Entsendung liege vor, wenn durch den Ratsbeschluss die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat unmittelbar begründet werde.

Ein anderer Fall des Mitwirkungsverbotese stelle die Entlastung des Aufsichtsrates dar. Es sei nicht von der Hand zu weisen, dass ein Ratsmitglied sich nicht selbst entlasten könne. Dies gelte unabhängig von der Bestellung als Aufsichtsrat.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, ging auf die Äußerungen von Herrn Willecke ein. Bei dem Mitwirkungsverbot würde dies regelmäßig dazu führen, dass bei Beschlüssen, die im Rat behandelt werden, die „großen“ Fraktionen benachteiligt seien. Dann würden sich die Verhältnisse im Rat zugunsten der anderen Fraktionen verschieben.

Herr Willecke führte aus, dass dies letztlich eben die Folge des Mitwirkungsverbotese sei.

Herr Misch, CDU-Fraktion, widersprach Tonaufnahmen.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers Vorlage: IV/2007/06397

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat stellt fest, dass Frau Heidrun Tannenberg, Mansfelder Straße 12, 06108 Halle (Saale), gemäß § 41 (1) GO LSA ihr Mandat mit Wirkung vom 31.03.2007 niederlegt. Für sie rückt Franziska Godau, Pfännereck 5, 06126 Halle (Saale), nach.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verpflichtete Frau Godau als neue Stadträtin.

zu 5.2 Umbesetzung in Aufsichtsgremien Vorlage: IV/2007/06411

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, führte an, dass die Fraktion dem Vorschlag nicht folgen könne. Sicher habe man die interne Regelung der Zugestehung des Vorschlagsrechtes und Akzeptanz der vorgeschlagenen Personen. Allerdings denke die CDU-Fraktion in diesem Fall, dass es Unverträglichkeiten mit § 119 GO LSA gebe. Herr Bönisch nahm Bezug auf § 119 (1) + (2) GO LSA. Hieraus könne man seiner Ansicht nach klar entnehmen, dass nur ein Angestellter oder Beamter mit dem Auftrag betraut werden könne. Deshalb lehne seine Fraktion dieses Ansinnen ab. Man habe bei der Kommunalaufsicht nachgefragt, aber am heutigen Tag erst eine vorläufige Antwort erhalten. Die Aufsicht wolle dem nachgehen.

Frau Bürgermeisterin Szabados entgegnete, dass sie eine Prüfung durch das Beteiligungsmanagement habe vornehmen lassen. Sie gab Herrn Bönisch insofern Recht, für den Fall, in dem es um direkte Beteiligung gehe. Aber bekannt sei auch, dass die Stadt nicht direkt an der EVH beteiligt ist. Wenn der Rat dem zustimme, wäre dieses Verfahren auch zulässig. Aus diesem Grund habe sie die Vorlage eingebracht. Die Stadt sei ja durch sie im Aufsichtsrat der Stadtwerke vertreten.

Herr Kupke, CDU-Fraktion, sprach an, dass seines Wissens nach Herr Pasch in einem Unternehmen tätig sei, das in gewisser Konkurrenz zur Energieversorgung stünde. Er bezweifle daher, dass dies ginge. Diese Zweifel müssten schriftlich ausgeräumt werden.

Frau Bürgermeisterin Szabados erwiderte, dass hierzu im nicht öffentlichen Teil gesprochen werden sollte. Sie versicherte Herrn Kupke allerdings, dass diesbezügliche Bedenken einer Interessenkollision ausgeräumt wurden, indem der Vertreter der Stadtwerke, der in dem Unternehmen von Herrn Pasch im Aufsichtsrat sitze, seine schriftliche Erklärung abgegeben habe, dass er dort nicht mehr vertreten sein werde.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, ging auf die Bedenken von Herrn Bönisch ein. Er bat, auf die übliche Gepflogenheit zurückzugreifen und dem Vorschlag der Verwaltung folgen. Umgekehrt wolle er jedoch auf Folgendes hinweisen: In dem Aufsichtsrat der EVH sitzen Vertreter von enviaM und RWE. Dies seien ebenfalls konkurrierende Unternehmen. Insofern gebe es für die Äußerungen von Herrn Kupke keine Rechtsgrundlage.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Geschäftsführung der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH wird beauftragt, über die Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH Herrn Karl-Heinz Pasch für die Wahl in den Aufsichtsrat der EVH GmbH vorzuschlagen.

**zu 5.3 Veränderung der Abonnements der Staatskapelle Halle
Vorlage: IV/2007/06321**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Veränderungen der Abonnements und die Preisveränderungen ab der Spielzeit 2007/2008.

**zu 5.4 Wirtschaftsplan 2006/2007 für den Zeitraum vom 01.08.2006 bis zum
31.07.2007 für die Kulturinsel
Vorlage: IV/2006/06146**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2006 / 2007 für die Kulturinsel.

**zu 5.5 Feststellung des Jahresabschlusses 2004 der ARGE SGB II Halle GmbH
Vorlage: IV/2007/06380**

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte nach, weshalb das Stammkapital nicht auf Festgeldkonto eingezahlt werde, so dass man aus der Kapitalverzinsung Einnahmen erhalte.

Frau Bürgermeisterin Szabados nahm die Anregung auf, wies aber darauf hin, dass mit diesen zusätzlichen Einnahmen die Jahresabschlussprüfung an Schwere gewinnen könnte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der ARGE SGB II Halle GmbH vom 21.09.2006:

1. Der von der Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2004 wird in der von der Henschke und Partner GbR geprüften und am 21.09.2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.
Der Jahresüberschuss beträgt 0,00 €
Die Bilanzsumme beträgt 27.750,00 €
 2. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung erteilt.
-

**zu 5.6 Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der ARGE SGB II Halle GmbH
Vorlage: IV/2007/06381**

Es gab keine Wortmeldungen.

(Die Stadträte Herr Godenrath, Frau U. Haupt, Herr Koehn, Herr Krause und Frau Ilse nahmen gemäß § 31 GO LSA nicht an der Beratung und Abstimmung teil.)

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der ARGE SGB II Halle GmbH vom 21.09.2006:

- 1. Der von der Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2005 wird in der von der Henschke und Partner GbR geprüften und am 21.09.2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.**

Der Jahresüberschuss beträgt	0,00 €
Die Bilanzsumme beträgt	30.250,00 €

- 2. Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung erteilt.**
 - 3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung erteilt.**
-

zu 5.7 Baubeschluss Teilinstandsetzung der Bauwerke 34 und 35 Brücken über den Riebeckplatz Vorlage: IV/2007/06246

Herr Heft, Fraktion Die Linkspartei. PDS, äußerte, dass die Instandsetzungen unstrittig notwendig seien. Es stelle sich aber die Frage, ob die Instandsetzungen im Umfang von 3,4 Mio. Euro notwendig seien. Der Riebeckplatz wäre durch die Autobahnen A 14 und A 38 entlastet. Eine Entlastung der Merseburger Straße komme durch die Fertigstellung der Haupterschließungsstraße Halle-Ost. Insofern stelle er die nachfolgenden Änderungsanträge. Die Reduzierung der Straßen auf einstreifigen Ausbau sei gerechtfertigt, wenn man sich die Verkehrssituation vor und unter dem Riebeckplatz anschau. Sowohl die zu- als auch die abführenden Straßen seien einstreifig. Ebenso gebe es keine Notwendigkeit, die Brücken mit zu einer Traglast 30/30 auszubauen, da der Schwerlastverkehr im Wesentlichen bereits die Stadt meide und die A 14 nutze.

Herr Krause, SPD-Fraktion, informierte, dass der Vergabeausschuss der Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt habe. Der zweispurige Ausbau sei nötig. Namens der SPD-Fraktion könne er sagen, dass man der Beschlussvorlage unverändert zustimmen werde.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, habe sich erkundigt, ob die gestellten Änderungsanträge auch im Ausschuss für Planungsangelegenheiten behandelt worden seien. Dies wurde verneint. Er fühle sich nicht in der Lage, eine solche Detailfrage im Stadtrat ohne Vorberatung im Planungsausschuss zu klären. Er plädierte dafür, die Vorlage in der vorliegenden Fassung anzunehmen.

Herr Heft entgegnete, dass die Vorlage auch nicht im Ausschuss für Planungsangelegenheiten behandelt werden müsse. Man fasse heute nur den Grundsatzbeschluss, ob die Brücken instandgesetzt werden sollen. Die näheren Details obliegen tatsächlich dem Planungsausschuss in der Entwurfs- bzw. Ausführungsplanung. Da in der Vorlage aber bereits vorgeschlagen wird, 3,4 Mio. Euro aufzuwenden, um diese Brücken für den Schwerlastverkehr zu ertüchtigen, sei es angebracht, auf den sparsamen Umgang mit den Mitteln aufmerksam zu machen. Man könne eigentlich bereits heute aufgrund des großzügigen Ausbaus des Riebeckplatzes auf die Brücken verzichten.

Jedoch stünden die modernen Pfeiler unter der Brücke, welche aus ökonomischer Sicht nicht wieder entfernt werden sollten. Er bat um Zustimmung zu den Änderungsanträgen.

Herr Sänger, CDU-Fraktion, fragte, warum die Anträge von Herrn Heft nicht in der Sitzung des Vergabeausschusses gestellt wurden. Auch er schließe sich dem Verwaltungsvorschlag an.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, ging auf die Aussagen von Herrn Heft hinsichtlich der Verkehrsströme ein. Diese könne er nicht bestätigen. Man habe sich zu den Belegungszahlen in den Ausschüssen eindeutig geäußert und die Situation sei gerade nicht so, dass man bereits jetzt von der von Herrn Heft vermuteten Entlastung ausgehen könne. Nach wie vor würden die Hochstraßen zu 22 % von Schwerlastverkehr genutzt. Ein weiterer Trugschluss sei die Annahme, dass die wirksam gewordenen Teilabschnitte der Haupterschließungsstraße in dieser Relation des Nord-Süd-Verkehrs zu einer nennenswerten Verkehrsentlastung führen würden. Über ein sehr zuverlässiges Prognosemodell sei dies sorgfältig errechnet worden. Selbst bei einer vollständig an die B 100 bzw. B 14 angebundenen Haupterschließungsstraße käme es erst zu einer Entlastung in der Größenordnung von etwa 20 %.

Eine weitere Argumentation sei das statische Problem. Bei der Brücke sind die Bewehrungsstähe geschädigt, die durch Hineinkleben von Glasfaserbewehrungen ersetzt werden. Bei einer solchen Konstruktion sei es auch nicht möglich, sie „ein bisschen“ instand zu setzen. Herr Dr. Pohlack gab einige Erläuterungen zu den baulichen Details. Als drittes Argument fügte Herr Dr. Pohlack hinzu, dass man sich im Vorfeld des Beschlusses sehr sorgfältig mit verschiedenen Varianten für die Instandsetzung beschäftigt habe. Die Vorzugsvariante sei die heute vorgestellte, die allerdings kein Grundsatzbeschluss sei, sondern ein Baubeschluss.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, meinte, dass man sich natürlich auch noch im Rat zu Angelegenheiten äußern könne, selbst wenn die Diskussionen im Ausschuss beendet seien. Weiterhin fände er es schade, dass Gedanken von Stadträten abgelehnt werden, die überlegenswert im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung seien. Er halte es für sachgerecht, wenn die Verwaltung erklären würde, dass sie die eingebrachten Überlegungen nicht abseits lege und diese auch ernsthaft prüfe. Immerhin könne die zu sparende Summe ja wieder an anderer Stelle eingesetzt werden.

Frau Bürgermeisterin Szabados teilte mit, dass man ja bereits geprüft habe. Sie schlug als Kompromiss vor, dass die Verwaltung noch einmal darstelle, dass geprüft wurde und die Anregungen - bereits bevor sie heute hier gestellt wurden - schon einmal bedacht worden sind. Sie bat um Zustimmung zur Vorlage und darum, diese Erörterungen dann intern vorzunehmen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stellte noch einmal klar, dass seine Fraktion selbstverständlich auch für den effizienten Einsatz der Mittel stehe. Man habe aber im Ausschuss konzentriert darüber diskutiert. Es sei auch dargestellt worden, dass die heutige Variante die optimalste ist. Er sei der Ansicht, dass hier kein Euro verschwendet werde. Es sei kein Zufall gewesen, dass der Vergabeausschuss einstimmig und ohne Enthaltungen der Vorlage so zugestimmt habe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung.

**zu 5.7.1 Änderungsantrag des Stadtrates Uwe Heft, Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zum TOP 5.7 Baubeschluss Teilinstandsetzung der Bauwerke 34 und 35 Brücken über den Riebeckplatz - Vorlage-Nr.: IV/2007/06246
Vorlage: IV/2007/06464**

Beschlussvorschlag:

Die Instandsetzung der Brücken hat den Erfordernissen innerstädtischem Güterverkehr zu entsprechen und erfolgt mit jeweils einer Richtungsfahrbahn.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich a b g e l e h n t

**zu 5.7.2 Änderungsantrag des Stadtrates Uwe Heft, Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zum TOP 5.7 Baubeschluss Teilinstandsetzung der Bauwerke 34 und 35 Brücken über den Riebeckplatz - Vorlage-Nr.: IV/2007/06246
Vorlage: IV/2007/06466**

Beschlussvorschlag:

Eine Instandsetzung für Schwerlasttransporte ist unzulässig.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich a b g e l e h n t

**zu 5.7 Baubeschluss Teilinstandsetzung der Bauwerke 34 und 35
Brücken über den Riebeckplatz
Vorlage: IV/2007/06246**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t
8 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen

Beschluss:

Dem Baubeschluss zur Teilinstandsetzung der Brückenbauwerke 34 und 35, Brücken über den Riebeckplatz, wird zugestimmt.

zu 5.8 Wahl von Schiedspersonen
Vorlage: IV/2007/06373

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass die neu zur Wahl stehenden Damen und Herren anwesend seien, um sich vorzustellen.

Frau Schlüter-Gerboth, Fraktion Die Linkspartei. PDS, führte an, dass die geschlossenen Schiedsstellen bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht über die Schließung informiert seien.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bat darum, sich die Zeit zu nehmen, damit die zu wählenden Personen sich vorstellen können.

Frau Oeft-Geffarth und **Frau Scholz** stellten sich kurz vor.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS, pflichtete den Worten von Frau Wolff bei und dankten den beiden Damen für die Vorstellung.

Diesem Dank schloss sich **Frau Bürgermeisterin Szabados** an und schlug vor, auch zukünftig die Personen, die sich bereit erklären, ein solches Ehrenamt zu übernehmen, in den Rat einzuladen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl erläuterte die Wahlbestimmungen.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss per geheimer Wahl

Schiedsstelle 1

Herr Wilfried Warzecha von 48 anwesenden Stadträten
bei 46 abgegebenen Stimmen
mit 37 Ja-Stimmen

Frau Christel Röhrich von 48 anwesenden Stadträten
bei 46 abgegebenen Stimmen
mit 39 Ja-Stimmen

Schiedsstelle 2

Herr Dr. Gerhard Kotte von 48 anwesenden Stadträten
bei 46 abgegebenen Stimmen
mit 32 Ja-Stimmen

Herr Dr. Ludwig Stephan von 48 anwesenden Stadträten
bei 46 abgegebenen Stimmen
mit 33 Ja-Stimmen

Frau Christina Schultz von 48 anwesenden Stadträten
bei 46 abgegebenen Stimmen
mit 40 Ja-Stimmen

Schiedsstelle 3

Herr Werner Hajcek von 48 anwesenden Stadträten
bei 46 abgegebenen Stimmen
mit 34 Ja-Stimmen

Herr Klaus Vollhardt von 48 anwesenden Stadträten
bei 46 abgegebenen Stimmen
mit 39 Ja-Stimmen

Schiedsstelle 4

Frau Karin Reher von 48 anwesenden Stadträten
bei 46 abgegebenen Stimmen
mit 33 Ja-Stimmen

Frau Sabine Hasselberg von 48 anwesenden Stadträten
bei 46 abgegebenen Stimmen
mit 39 Ja-Stimmen

Herr Klaus-Peter Mehlhose von 48 anwesenden Stadträten
bei 46 abgegebenen Stimmen
mit 31 Ja-Stimmen

Schiedsstelle 5

Herr Dr. Hans-Dieter Mangold von 48 anwesenden Stadträten
bei 46 abgegebenen Stimmen
mit 36 Ja-Stimmen

Herr Paul Kotsch von 48 anwesenden Stadträten
bei 46 abgegebenen Stimmen
mit 32 Ja-Stimmen

Frau Stefanie Oeft-Geffarth von 48 anwesenden Stadträten
bei 46 abgegebenen Stimmen
mit 34 Ja-Stimmen

Beschluss:

Der Stadtrat wählt aus den Wahlvorschlägen für jede vorgeschlagene Schiedsstelle mind. eine, max. jedoch drei Schiedspersonen.

Der Stadtrat legte von 17:00 Uhr bis 17:25 Uhr eine Pause ein.

zu 5.9 Stellungnahme zum Regionalen Entwicklungsplan Vorlage: IV/2007/06405

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, zitierte aus der Vorlage zu dem Punkt „Kartographische Darstellung – Verkehr – 3. Anstrich“ die ersten zwei Sätze zum Saaleübergang, welcher laut Vorlage linienbestimmt sei. Seiner Kenntnis nach seien im Flächennutzungsplan zwar Trassen freigehalten für den südlichen Saaleübergang. Allerdings sei dieser formal nicht linienbestimmt. Er könne sich an kein Linienbestimmungsverfahren erinnern. Die anschließende Aussage, dass aus diesem Grund dann keine Umweltprüfung erforderlich sei, dürfte daher unzulässig sein. Eine Umweltprüfung sei in jedem Fall vorzunehmen. Diese beiden Punkte seien seiner Ansicht nach nicht korrekt dargestellt.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, teilte mit, dass die dort aufgeführte Aussage nicht falsch sei. Es gebe bei der Festlegung von Trassen über Straßen und Brücken – in dem Fall der Saaleübergang – verschiedene Planungsphasen. Und die Planungsphase der Linienbestimmung umfasse in der Regel mehrere Varianten. Es wird üblicherweise ein Korridor festgelegt und in dieser Phase bewege man sich außerhalb einer Umweltprüfung. Dies fange man ja jetzt gerade an. Abgesehen davon sei der Bedarf des südlichen Saaleübergangs grundsätzlich noch einmal zu hinterfragen. Das hier Aufgeführte sei vom Genauigkeitsgrad her ausreichend. Man befinde sich noch nicht in der Planfeststellung.

Herr Weiland erinnerte an einen Antrag der CDU-Fraktion aus dem Jahre 2004, welcher zum Inhalt hatte, die Linienbestimmung schleunigst durchzuführen und dem Stadtrat einen Entscheidungsvorschlag vorzulegen. Sollte dieses Verfahren abgeschlossen sein, so habe sich dies außerhalb dieses Gremiums entwickelt. Richtig sei, dass im Flächennutzungsplan Trassen freigehalten wurden. Zur Frage der Umweltprüfung sagte Herr Weiland, dass die getätigte Aussage überflüssig sei, sofern eine Umweltprüfung im Planfeststellungsverfahren erfolge.

Herr Beigeordneter Dr. Pohlack erläuterte, dass die Linienbestimmung bis zur konkreten Vorzugstrasse noch nicht abgeschlossen sei. Ebenso wäre es aufgrund von bisher schon aufgetretenen Prognosen in der voraussichtlichen Verkehrsbelastung angeraten, im Moment diese planerische Vorbereitung nicht weiter zu forcieren. Der Nachweis des tatsächlichen Bedarfs könne momentan nicht mehr gegeben werden. Insofern sei es ausreichend, vor allen Dingen den Korridor freizuhalten.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS, gab sich überrascht, dass die Salzmünder Straße als nicht mehr überregional bedeutsam herabgestuft wurde. Auch im Hinblick auf die A 143 halte er diesen nördlichen Zugang auf eine der beiden Saaleübergänge eigentlich für eine Haupteinfallstraße nach Halle. Ebenso verwies er auf die B 242, die eigentlich verlängert werden sollte. Auf den Verkehrsschildern seien dort bereits die entsprechenden Kästchen freigehalten worden. Sehr zu begrüßen sei aber der parallel dazu vorgesehene Radweg in Richtung Salzmünde.

Herr Beigeordneter Dr. Pohlack erklärte den Grund für die Abstufung dieser Straße. Dieser liege darin, dass auch dort hinsichtlich der Wirkung der A 143 eine Korrektur bisheriger veriteter Auffassungen angeraten ist. Die geschlossene A 143 als Umfahrung für die Stadt Halle würde keine Entlastung im innerstädtischen Quell- und Zielverkehr bringen. Dies müsse man sich verdeutlichen. Der geschlossene Ring wird die Stadt davor schützen, dass Durchgangsverkehr durch das Stadtgebiet hindurch fahre. Insofern sei der Teil des Ringes nicht als Außentangente für die Stadt wirksam.

Damit sei die Abstufung der Verbindung gerechtfertigt. Dies sei im Ausschuss für Planungsangelegenheiten ausführlich und auch einvernehmlich diskutiert worden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Regionalen Entwicklungsplan für die Planungsregion Halle zu.

**zu 5.10 Freibadsaison 2007
Vorlage: IV/2007/06449**

(Herr Stadtrat Dr. Eigenfeld nahm gemäß § 31 GO LSA nicht an der Beratung und Abstimmung teil.)

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, gab eine kurze Einführung zur Vorlage. Aus Kostengründen habe man von einem Einschichtsystem der Saisonkräfte ausgehen müssen, was eine maximale Arbeitszeit von zehn Stunden zzgl. der Vor- und Nachbereitungszeiten bedeute. Insoweit habe man sich entschlossen, den Beginn um eine Stunde zurück zu versetzen. Ebenso seien die Eintrittspreise erhöht worden – dies betreffe allerdings nicht die Kinder. Des Weiteren habe sich die Stadt bereit erklärt, dass bei entsprechend günstigen Wetterlagen die Bäder länger geöffnet werden. Um dies auch im Hinblick auf die Arbeitskräftesituation auszugleichen, würde dann an sogenannten „Schlechtwettertagen“ eher geschlossen. Diese Punkte seien in der Vorlage mit aufgeführt und müssen mit beschlossen werden, so dass niemand sich darauf berufen könne, er habe ein Ticket gezahlt und wolle dies natürlich auch voll ausnutzen. Herr Doege gab den Hinweis, dass geplant sei, für Sportvereine eine frühere zeitliche Nutzung – ab 07:00 bis 09:30 Uhr – zu ermöglichen. Dies könne man, da die Vereine eigenes Betreuungspersonal innehaben.

Frau Prof. Vent, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, fragte nach, ob es die Möglichkeit gebe, die Saline bereits am 1. Mai und dafür ein anderes Bad erst Ende Mai zu öffnen. So habe man die Chance, den frühen Sommer zu nutzen.

Herr Beigeordneter Doege antwortete, dass es noch keine Arbeitskräfte gebe. Aufgrund der vorliegenden Beschlusslage könne man diese erst zum 1. Mai 2007 einstellen. Dann benötige man noch die Vorbereitungszeit der Bäder. Diese seien noch nicht in dem Zustand, um die Gäste einzulassen.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, äußerte sich überrascht zu dieser als dringlich eingebrachten Vorlage. Die Haushaltssituation sei nicht neu. Hinsichtlich der Bürgerfreundlichkeit stellte er die Frage, wie sich die Preissituation ab dem 12. Mai bis ungefähr 26. Mai gestalte – dem Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt.

Herr Beigeordneter Doege informierte, dass im Falle der heutigen Beschlussfassung eine Veröffentlichung im Amtsblatt am 11. Mai 2007 erfolge. Zur Thematik der Dringlichkeit äußerte Herr Doege, dass die Stadt Halle auf einen Erlass des Innenministeriums – zu welchem die Oberbürgermeisterin bereits informiert hatte – habe warten müssen.

Herr Wolter fragte weiterhin zur Übertragung der Bäder an die HWA. Wie sei die Preisgestaltung in den Gesprächen? Gibt es nach der Übertragung weitere Erhöhungen?

Hierzu antwortete **Herr Beigeordneter Doege**, dass man zurzeit Gespräche führe. Im Laufe dieses Jahres wolle man übertragen. Da die Preisgestaltung noch Verhandlungsgegenstand sei, könne er noch keine Auskunft hierzu geben. Nur soviel sei zu sagen, dass der Inhalt des heutigen Papiers nicht mit der HWA erörtert wurde.

Frau Prof. Vent, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, äußerte ihren Unmut über die nicht vorhandene Flexibilität. Sie verstehe nicht, dass man per Anruf nicht kurzfristig die Verträge mit den Saisonkräften abschließen könne und frage sich, welche wochenlangen Vorbereiten vonnöten seien.

Herr Beigeordneter Doege nahm daher diese Anregung auf. Eine Garantie könne er nicht geben – allenfalls würde dies das Naturbad Angersdorfer Teiche betreffen. Alle anderen Bäder haben technische Anlagen, so dass dies nicht möglich sei.

Herr El-Khalil, CDU-Fraktion, fragte nach, ob die Öffnungszeiten des Heidebads – welches privatisiert wurde – und die Eintrittspreise bekannt seien.

Laut Information von **Herrn Beigeordneten Doege** würde das Bad wohl ab 1. Mai 2007 öffnen. Die Eintrittspreise seien nicht bekannt.

Herr El-Khalil plädierte hierauf für eine Privatisierung. Bezüglich der Preise fragte er, ob diese nicht bei der Gestaltung der Verträge mit festgelegt wurden. Bestünde denn dann nicht die Gefahr, dass sämtliche Besucher nur noch das Heidebad aufsuchten?

Herr Beigeordneter Doege entgegnete, dass man sich mit dieser Preisstruktur für die kommunalen Bäder binde – und nicht für Dritte.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, erinnerte, dass hierzu bereits ausführlich im Hauptausschuss gesprochen wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt die Öffnungszeiten der Freibäder für die Saison 2007 wie folgt:
12.05.2007 bis 31.05.2007 von 10:00 bis 18:00 Uhr
01.06.2007 bis 02.09.2007 von 10:00 bis 20:00 Uhr
Eine Verlängerung der Öffnungszeiten bis 21:00 Uhr an besonderen Badetagen (hochsommerliche Schönwetterlage) ist durch vorzeitige Schließung der Bäder an Schlechtwettertagen auszugleichen.**

Beschluss:

Als sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Planungsangelegenheiten scheidet Frau Franziska Godau aus.

Herr Dieter Schika wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten berufen.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) -
zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Rechnungsprü-
fungsausschuss
Vorlage: IV/2007/06424**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Als sachkundiger Einwohner im Rechnungsprüfungsausschuss scheidet Herr Klaus Müller aus.

Herr Hartmut Büchner wird als sachkundiger Einwohner in den Rechnungsprüfungsausschuss berufen.

**zu 7.4 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) -
zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportaus-
schuss
Vorlage: IV/2007/06425**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Als sachkundiger Einwohner im Sportausschuss scheidet Herr Dieter Schika aus.

Herr Frank Tillmann wird als sachkundiger Einwohner in den Sportausschuss berufen.

**zu 7.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen
Einwohners in den Kulturausschuss
Vorlage: IV/2007/06401**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Als sachkundige Einwohnerin im Kulturausschuss scheidet Frau Dr. Marga Kreckel aus.

Herr Dr. habil. Günter Kraus wird als sachkundiger Einwohner in den Kulturausschuss berufen.

**zu 7.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur verkehrsrechtlichen Kennzeichnung des Marktplatzes als Fußgängerzone
Vorlage: IV/2007/06402**

Herr Dr. Eigenfeld, SPD-Fraktion, erläuterte, dass bei diesem Antrag sowohl gute Gründe dafür als auch dagegen sprechen würden. Daher verweise er diesen Antrag namens der SPD-Fraktion in den **Ausschuss für Planungsangelegenheiten** sowie in den **Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**.

Herr Misch, CDU-Fraktion, erinnerte, dass es sich bei Verkehrszeichenregelungen um den übertragenen Wirkungskreis handele. In diesem Fall könne der Stadtrat keinen Beschluss fassen. Bestenfalls könne der Rat einen Prüfauftrag erteilen. Der Antrag sei in dieser Form rechtlich nicht zulässig.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, teilte mit, dass man sich mit der Frage der Kompetenz des Rates in dieser Angelegenheit bereits im Vorfeld beschäftigt habe. Da es hier zunächst nicht um die verkehrsrechtliche konkrete Anordnung gehe, falle dies vorerst in die Kompetenz, grundsätzlich über diese Angelegenheit zu befinden. Die Kompliziertheit in der Entscheidung bestehe allerdings darin, dass hier auch das Landesverwaltungsamt letztendlich mitzureden habe. Deshalb plädiere er dafür, dieses Thema in Ruhe im Planungsausschuss zusammenhängend zu erörtern. Nach Ansicht von Herrn Dr. Pohlack gehöre dies jedoch nicht in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, da es sich um eine Verkehrsplanungsangelegenheit handele und auch die anordnende Behörde im Fachbereich Tiefbau sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Marktplatz wird mittels Verkehrsschildern als Fußgängerzone gekennzeichnet. In diesem Zusammenhang wird auf das zeitlich begrenzte Fahrradfahrverbot auf dem Platz hingewiesen.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der SPD in den

- Ausschuss für Planungsangelegenheiten
- Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

verwiesen.

**zu 7.7 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Verkehrsentwicklung Riebeckplatz - Europastraße
Vorlage: IV/2007/06418**

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte nach, ob hier die Höhe der Kosten bereits feststehe. Sollte dies nicht der Fall sein, würde ihre Fraktion den Antrag in den **Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften** verweisen.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, informierte, dass diese Kosten vom Auftragsvolumen abhingen. Es würden zu diesem Zeitpunkt noch keine Zahlen feststehen.

Die Verweisung wurde daher aufrechterhalten.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, verwies den Antrag namens der CDU-Fraktion zusätzlich noch in den **Ausschuss für Planungsangelegenheiten**.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, mit Inbetriebnahme der Europastraße bis Grenzstraße, die mit der Investition HES Gewerbegebiete-Ost verbundene Verkehrsentlastung des Riebeckplatzes zu ermitteln. Dazu ist dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale)

1. *die Belastung des Riebeckplatzes durch den den Riebeckplatz querenden Nord-Süd-Verkehr vor Beginn der Baumaßnahme HES Gewerbegebiete-Ost (als Variante „0“)*
2. *die Belastung des Riebeckplatzes durch den den Riebeckplatz querenden Nord-Süd-Verkehr mit der Fertigstellung der Autobahn A 14 bis Magdeburg (als Variante „1“)*
3. *die Belastung des Riebeckplatzes durch den den Riebeckplatz querenden Nord-Süd-Verkehr mit der Inbetriebnahme der Europastraße bis einschließlich Grenzstraße (als Variante „2“)*

in einem Bericht bis November 2007 darzustellen. Der Schwerlastverkehr ist gesondert auszuweisen.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE sowie der Fraktion der CDU in den

- **Ausschuss für Planungsangelegenheiten**
- **Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

verwiesen.

**zu 7.8 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zum Sozialticket
Vorlage: IV/2007/06416**

Herr Heft, Fraktion Die Linkspartei. PDS, ging auf die Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Antrag ein. Die Intention des Antrages sei eine andere gewesen. Man wünsche ausdrücklich kein subventioniertes Sozialticket. Die Situation sei so, dass materiell schlechter gestellte Personen und Familien keine Verkehrsmittelwahl haben. Man sei aufgrund der materiellen Situation nicht in der Lage, die zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel frei zu wählen - gerade im Hinblick auf die Preise des ÖPNV. Eine Monatskarte zum Preis von 40 Euro von ca. 345 Euro zu bestreiten, ohne maßgeblich auf andere, zum Leben dringend benötigte Dinge zu verzichten, sei nicht ohne Weiteres möglich. Sollte der politische Wille zum Antrag da sein, wäre dies auch umsetzbar in der Stadt Halle – mit oder ohne den Mitteldeutschen Verkehrsverbund. Ein solches Angebot würde nicht zu Mindereinnahmen führen. Man wisse, dass bereits zum heutigen Zeitpunkt finanziell schlecht gestellte Familien sich eine Monatskarte kaufen müssen, da sie darauf angewiesen seien. Diese werden natürlich auf dieses preiswertere Ticket umsteigen. Aber nicht alle von ALG II betroffenen Personen kaufen sich bereits jetzt eine Monatskarte und werden dies auch ab August zu den Preisen nicht tun. Dies sei die Situation. Außerdem sei es dann so, dass eine höhere Auslastung erfolge, ohne jedoch Personen an den Haltestellen „stehen zu lassen“.

Frau Bürgermeisterin Szabados äußerte, dass kein Stadtrat die Einführung eines Sozialtickets beschließen könne, ohne genau zu wissen, was hier passieren solle. Da die Begründung zum Antrag schriftlich nicht vorlag, musste die Verwaltung ihre Stellungnahme daraufhin verfassen, wie der Antrag formuliert war. Sie sei der Ansicht, dieses Thema müsse umfassender beraten werden. Von Seiten der Verwaltung könne man jetzt nicht um Beschlussfassung bitten, da man nicht wisse, inwieweit hier etwas umgesetzt werden solle. Sie empfahl die Verweisung in einen Ausschuss.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies den Antrag namens seiner Fraktion in den **Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften** sowie in den **Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**.

Außerdem bat **Herr Krause**, die Aufmerksamkeit auf Punkt 3 des Antrages zu legen. Dort ginge es um die Empfangsberechtigten, welche Leistungen nach SGB II – ALG II – oder dem vergleichbare staatliche Hilfen zum Lebensunterhalt erhalten. In der Kommentierung wird geschätzt, dass es 7.000 Personen gibt, die in Halle davon betroffen sein könnten. Mit Sicherheit könne man aber davon ausgehen, dass mehr als 7.000 Personen in Halle in nicht auskömmlichen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Außerdem wäre es wünschenswert, bei einem solchen Antrag auch einen Deckungsvorschlag zu machen.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, führte aus, dass in ihrer Fraktion diskutiert wurde, dass der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung Fahrräder für 8 Euro verkaufe bzw. vermiete. Könnte dies nicht mit Bestandteil der Bearbeitung dieses Antrages sein?

Frau Bürgermeisterin Szabados erinnerte sich an eine ähnliche Regelung, die nicht mehr bestehen würde. Sie wüsste nicht, dass der Eigenbetrieb derartiges übernommen habe. Allerdings würde man dies prüfen und mit einbeziehen.

Herr Godenrath, CDU-Fraktion, erinnerte an die Umstrukturierungen beim Halle-Pass. Im vorherigen Halle-Pass gab es die Möglichkeit der vergünstigten Fahrkarten. Nach langen Diskussionen wurde genau dies gestrichen, da es relativ unkalkulierbar war. Auch andere Argumente hätten dagegen gesprochen. Er bat darum, doch noch einmal in die damaligen Protokolle Einsicht zu nehmen, da sich die Argumente sicher nicht geändert hätten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

- 1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, ein Sozialticket für den öffentlichen straßen- und schienengebundenen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) für Bürger der Stadt Halle (Saale) zum Einführungsstermin 01.01.2008 vorzubereiten und umzusetzen.*
- 2. Das Sozialticket hat eine Gültigkeit analog der Monatskarte „Jedermann“ der Tarifzone 210 „Stadt Halle (Saale)“ des MDV.*
- 3. Zugangs- und empfangsberechtigt sind Bürger mit Hauptwohnsitz in der Stadt Halle (Saale), welche Leistungen nach SGB II – ALG II – oder dem vergleichbare staatliche Hilfen zum Lebensunterhalt erhalten.*
- 4. Die Höhe des Sozialtickets entspricht maximal dem im Regelsatz ALG II für Erwachsene (§ 20 Abs. 2 – 3 SGB II) vorgesehenen theoretischen Betrag für Mobilität. Grundlage für die Berechnung ist die aktuelle Verordnung zur Durchführung des § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Regelsatzverordnung – RSV).*
- 5. Für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren wird ein Sozialticket im adäquaten Wert der Abstufung des Regelsatzes nach § 28 Abs. 1 SGB II „Sozialgeld“ gewährt.*
- 6. Detaillierte Regelungen werden dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in Form einer entsprechenden Satzung oder gleichwertigem Stadtrecht spätestens im Oktober 2007 zur Beschlussfassung vorgelegt.*

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der SPD in den

- Sozial, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**
- Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

v e r w i e s e n .

**zu 7.9 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Prüfung der Einführung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen
Vorlage: IV/2007/06419**

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, lehnte diesen Antrag grundsätzlich ab.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, äußerte sich in der Hinsicht, dass es sich hierbei um einen Prüfauftrag handle, um herauszufinden, ob eine solche Sache denkbar wäre und umgesetzt werden könne. Sollte die Verwaltung dies ablehnen, wäre dies dann das Ergebnis aus dem Prüfauftrag. Von vornherein jedoch solche Ablehnung zu äußern, fände er nicht richtig.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, teilte mit, dass seine Fraktion beschlossen habe, diesen Antrag abzulehnen. Dies geschehe mit Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung – speziell im Hinblick auf das Verhältnis der Gäste der Stadt zu den Einwohnern. Die im Kommunalabgabengesetz geforderte siebenfache Übersteigerung der Einwohnerzahl durch die Übernachtungen sei in Halle nicht gegeben. Daher frage er sich, was denn hier dann zu prüfen sei. Vielleicht könne die Verwaltung sich hierzu noch einmal äußern.

Herr Geier, Beigeordneter Zentraler Service, führte als Beispiel die Stadt Weimar an. Dort sei dasselbe Problem aufgetreten. Wenn man über eine Abgabe im Sinne des Kommunalabgabengesetzes nachdenke, stehe man vor dem Problem der genannten siebenfachen Übersteigerung. In Weimar habe man daher die Kulturförderabgabe in der Form einer Steuersatzung formuliert.

Herr Koehn, SPD-Fraktion, schlug vor, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

Herr El-Khalil, CDU-Fraktion, sah ein Problem darin, dies als eine Art „Steuer“ einzufordern. Diese würde nicht von den Gästen bezahlt. Kein Hotel in der Stadt Halle (Saale) könne sich erlauben, diesen Euro auf die Preise zu legen. Dies hätte zur Folge, dass die Hoteliers dies zu zahlen hätte, was gerade im Hinblick auf die wenig ausgelasteten Zimmer arge Konsequenzen hätte.

Herr Dr. Meerheim ging darauf ein, dass Herr Beigeordneter Geier die damalige Einführung der Kulturförderabgabe in Weimar mit begleitet habe. Vor diesem Hintergrund habe man den Antrag gestellt, dass geprüft werden solle, ob man so etwas nicht auch in Halle tun könne. Wollte man sich in Zukunft noch Kulturveranstaltungen – wie z. B. „THEATER DER WELT“ – leisten, könne man hierüber zusätzliche Beiträge erzielen, um solche Events finanzieren zu können, ohne stets auf Sponsorengelder aus der Wirtschaft angewiesen sein. Er betonte nochmals, dass es sich um einen Prüfauftrag handle. Die Verwaltung habe den im Antrag formulierten Termin übernommen.

Herr Bönisch bemerkte, dass die Fraktion Linkspartei. PDS sich mittels eines konstruktiven Vorschlages bemüht habe, einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Trotzdem lehne man den Vorschlag ab.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies im Namen der SPD-Fraktion den Antrag in den **Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, äußerte ihren Unmut darüber, dass Prüfaufträge in Fachausschüsse verwiesen werden. Über Prüfaufträge solle man doch gleich im Rat entscheiden.

Die **CDU-Fraktion** verwies den Antrag zusätzlich in den **Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung**.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um eine Kulturförderabgabe für Übernachtungsgäste in halleschen Übernachtungsbetrieben ab dem 1. Januar 2008 zu erheben. Die Verwaltung prüft weiterhin, welche Einnahmen für die Förderung der Kultur erzielt werden könnten, wenn die Höhe der Abgabe 1 € je Nacht von den Gästen der Beherbergungsbetriebe erhoben werden sowie die Höhe des damit im Zusammenhang stehenden Verwaltungsaufwandes durch die Stadt. Die Verwaltung berichtet zum 17. Juli dem Stadtrat über die Ergebnisse der Prüfung.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD in den

- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung
- Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

verwiesen.

**zu 7.10 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Verwaltungshandeln bei Ausschreibungen
Vorlage: IV/2007/06420**

Frau Ewert, SPD-Fraktion, verwies den Antrag namens der SPD-Fraktion in den Hauptausschuss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss ist bei der Entscheidung, ob es zu einer internen oder externen Stellenausschreibung kommt zu beteiligen, wenn die daraus resultierende Stellenbesetzung zwischen Oberbürgermeisterin und Hauptausschuss einvernehmlich erfolgen muss.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der SPD in den

- Hauptausschuss

verwiesen.

**zu 7.11 Antrag des Stadtrates Martin Bauerfeld - CDU - zur Vorlage und den Änderungen des Haushaltsentwurfes 2007
Vorlage: IV/2007/06421**

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, zog den Antrag zurück.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt dem Stadtrat eine neue Version des Haushaltsentwurfes 2007 mit den eingearbeiteten Änderungen vom 28.03.2007 zu übergeben. Die Änderungen sind dabei deutlich herauszuheben. Ab sofort sind Änderungen des Haushaltsentwurfes in Form eines Änderungsdienstes mit Austauschblättern herauszugeben. Die Änderungen müssen auf den Austauschblättern deutlich hervorgehoben sein.

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

zu 7.12 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG Volkssolidarität - Halle soll Flagge zeigen
Vorlage: IV/2007/06406

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS, erläuterte die Beweggründe für den Antrag. Die Reise nach Karlsruhe sei ausschlaggebend für die Antragstellung gewesen. Er sei erfreut darüber, dass die Verwaltung diesen positiv aufgenommen habe.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sprach sich gegen den Antrag aus. Auch sie habe an der Reise nach Karlsruhe teilgenommen. Die dortige Beflaggung befinde sich in einem ständigen Sitzungssaal. Sie könne sich nicht richtig vorstellen, wo die Beflaggung hier angebracht werden sollte. Aus diesem Grunde verweise sie im Namen ihrer Fraktion den Antrag in den **Hauptausschuss**.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, stellte den Geschäftsordnungsantrag, diesen Antrag als erledigt zu erklären. Die Verwaltung habe zugesagt, dem Antrag zu folgen.

Abstimmungsergebnis zum GO-Antrag:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Es entwickelte sich eine kurze Diskussion, inwieweit der Antrag von Herrn Bönisch der weitergehendere sei und folglich aus der soeben erfolgten Abstimmung die Verweisung hinfällig ist.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Rechtsauskunft. **Herr Willecke, Fachbereichsleiter Recht**, erläuterte, dass der Antrag **verwiesen** sei.

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, zu den Stadtratstagungen eine Fahne der Stadt Halle im Sitzungssaal aufstellen zu lassen.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE in den

- Hauptausschuss

verwiesen.

**zu 7.13 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - Umsetzungsantrag des Dringlichkeitsantrages der Stadtratsmitglieder des Kulturausschusses der Stadt Halle (Saale) zum Verbund Oper Halle/Staatskapelle Halle
Vorlage: IV/2007/06430**

Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt ein Wortprotokoll

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE

Die Stadtverwaltung empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen. Das geht aber gar nicht, weil die Stadtverwaltung diesen Antrag sich selber zu Eigen gemacht hat. Nämlich auf Nachfrage von Herrn Krause, ob sich die Stadtverwaltung den Antrag zu Eigen macht, sicherte Herr Dr. habil. Marquardt zu, dass entsprechend verfahren wird. Was wir hier einfordern ist eigentlich nur die Umsetzung dieses Antrages. Mehr fordern wir hier nicht ein. Zu einigen Punkten haben Sie was gesagt, aber Sie können nicht einfach sagen, dieser Antrag ist abzulehnen, weil, der ist ja da. Sie können höchstens diesen Beschluss aufheben lassen und das müssen Sie beantragen.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung

Es ist richtig, dass ich damals am 24. Januar 2006 das so mir zu Eigen gemacht habe. Das ist korrekt. Aber die Welt hat sich ja ein bisschen weiter gedreht. Das habe ich versucht, in der Antwort auch darzustellen, dass wir mittlerweile eine andere Situation haben, die die meisten Punkte, die da drin stehen, quasi obsolet machen. Bei der inneren Verrechnung, wir haben neulich ein Gespräch gehabt mit der Verwaltungsleitung des Verbundes, dem Personalrat und auch dem Orchestervorstand, haben wir das noch mal dargelegt und erläutert. Herr von Sohl wird also ein entsprechendes Modell vorlegen nach Ablauf dieser ersten gemeinsamen Spielzeit nach Vollzug der Orchesterfusion. Das wird ja dann im Sommer der Fall sein, so dass das im Herbst vorgelegt werden kann. Es ist allerdings mit erheblichem Aufwand verbunden, das muss man auch sagen. Und bei den beiden anderen Punkten ist es ja so, da hab ich auch darauf hingewiesen, dass das, was in einer Vereinbarung unter Geschäftsordnung hätte zusammengefasst werden können, durch das Vertragswerk der Führungs- und der Leitungspersönlichkeiten geregelt ist.

Und bei der anderen Frage mit dem Vertrag haben wir eine andere IST-Situation – das haben Sie ja auch gelesen – die ich Ihnen dargestellt habe. Da ja aber ohnehin eine Strukturveränderung ins Haus stehen wird, wäre es die Frage, ob Sie tatsächlich darauf bestehen, dass das in der alten Form, wie damals vom Kulturausschuss beschlossen wurde, beschlossen haben oder umgesetzt haben möchten, oder aber den Blick nach vorn richten möchten, um die Ergebnisse dieser BBVL-Untersuchung abwarten möchten, wo mit Sicherheit andere Vorschläge unterbreitet werden. Das wird voraussichtlich im Herbst der Fall sein, weil jetzt Mitte bis Ende Mai die Ergebnisse vorliegen werden. Dann muss daraus natürlich eine Beschlussvorlage erarbeitet werden, so wird es bis zum Herbst auf jeden Fall dauern. Formal haben Sie völlig Recht, wenn das so ist, dass auf Umsetzung in dieser Form bestanden wird. Nach den alten Voraussetzungen müsste das, das ist richtig, entsprechend im Kulturausschuss von Seiten der Verwaltung beworben werden. Das ist korrekt. Danke.

Herr Schramm, Fraktion Die Linkspartei. PDS

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, also, ich bin auch der Meinung, dass wir auf Einhaltung dieser Punkte ja bestehen sollten. Es ist ein sehr sensibles Gebilde gewesen, dieser Verbund, die Verbundbildung Philharmonie, jetzt Staatskapelle mit der Oper Halle, und ich denke, wir sollen auch den beiden Seiten die Möglichkeit geben, dass das, was beschlossen ist, zu dieser Verbundbildung auch eingehalten wird. Zukünftige Regelungen, o. k., die werden getroffen werden.

Aber ich sage mal so, die setzen das nicht aus. Sie haben geschrieben zu Punkt 1, dass die Fragen der Vereinbarung zur Zusammenarbeit in den Verträgen der entsprechenden Intendanten bzw. Chefdirigenten enthalten sind, ist sicherlich richtig. Aber was passiert, wenn es jetzt keinen Chefdirigenten demnächst mehr gibt, der Herr König nicht mehr da ist. Wo sind dann die Vereinbarungen zur Zusammenarbeit fixiert und wie wird danach verfahren? Das wäre eine Frage, die sicherlich interessant wäre. Zu Punkt 2, gut, der Verwaltungsdirektor hat einen Vertrag nur mit der Oper bekommen, wie auch immer. Zu Punkt 3. Ich will mal, diese innere Verrechnung ist ja keine, keine Qual oder kein Spiel. 2005 konnten wir festhalten und feststellen, was eine Operaufführung im Opernhaus kostete. Oder ein Konzert der Staatskapelle. Wir können es 2006 und 2007 nicht mehr, weil wir nämlich den entsprechenden Anteil dessen, was die Kapelle in der Oper leistet, gar nicht mehr fixieren können. Wir haben also einen Zustand, dass wir zwar wissen, was die Oper und die Staatskapelle insgesamt kostet. Das immerhin ... so irgendwie 25 Millionen Ausgaben. Aber wir wissen nichts mehr über die inneren Beziehungen, was da jeweils wo passiert. Ich darf, Sie haben ja sicherlich festgestellt, und nicht ohne Grund allein diesen Bereich Theaterwerkstätten, wo es ja um viel weniger geht, irgendwann mal von diesem Betrieb zu separieren. Und ich denke auch, für die zukünftigen Planungen ist es unbedingt notwendig, diese Bereiche so transparent wie möglich auseinander zu halten. Deswegen bin ich dafür, dass diese innere Verrechnung, und wir hatten einen Beschluss gehabt, dass ein Modell entworfen werden sollte zum 1.8.2006. Ein Modell, nicht die Abrechnung. Und ich kann nicht nachvollziehen, dass ein Modell erst nach Ende einer Spielzeit entworfen werden kann.

Herr Dr. Marquardt

Herr Schramm, dazu Folgendes: Ich wiederhole noch einmal. Es wird eine entsprechende Abrechnung nach Ablauf dieser Spielzeit von der Leitung des Verbundes, also von der Leitung des Verbundes, vorgelegt werden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, und das läuft jetzt auf die Frage Modell hinaus: Ein Modell wird es dazu nicht geben, weil es immer sehr konkret ist und in jedem Jahr anders aussehen wird. In jedem Jahr gibt es Verschiebungen. Warum? Weil nämlich von Seiten der Verrechnung der Oper an die Staatskapelle folgendes zu berücksichtigen ist: Personalkosten, Mitwirkung Solistenchor, Dirigent- und Konzertbereich, Fuhrpark, Techniker, Reinigung, Abenddienst, Verwaltung, anteilig Lohnbuchhaltung, Finanzbuchhaltung, Allgemeine Verwaltung, Personalabteilung, Bibliothek, Dramaturgie, Betriebskasse, Vorverkaufskasse, Sachkosten jetzt immer Oper an Staatskapelle, Miete und Bewirtschaftung von Orchesterprobenraum und Büros in der Oper, anteilige Sachkosten Telefon, Fuhrpark. Und von der Staatskapelle an die Oper: Mitwirkung des Orchesters und Aufführungen in der Oper. Das ist variabel von Jahr zu Jahr und erfordert einen Personalaufwand von ungefähr einer Planstelle. Das muss man auch wissen bei der ganzen Geschichte. Was gemacht wird, drückt sich aus in den gedruckten Spielplänen der Oper und der Staatskapelle. Wir wissen also ganz genau, welche Konzerte gespielt worden sind bzw. werden sollen, lt. Plan, und welche Musiktheaterproduktionen zur Aufführung gelangen sollen.

Richtig ist, dass das stärker betrachtet werden muss in Bezug auf eine inszenierungsbezogene Planung, aber auch Konzertplanung, und das entsprechend den Vorstellungen der Einführung der Doppik auch passieren wird, wenn produktbezogene Abrechnung sich vollzieht. Der Punkt ist ganz einfach der, dass die Staatskapelle Halle damals zu recht darauf bestanden hat, als wir die Fusion gemacht haben, dass die Folgepersonalkosten des früheren Opernhausorchesters rüber gehen zur Staatskapelle. Das ist passiert. Und aufgrund dieser Mittel, die die Staatskapelle voll zur Verfügung hat, ist sie in der Lage, den Bereich des Musiktheaters zu bespielen. Die Frage der inneren Verrechnung wäre nur noch mal eine Darstellung, wie die jeweiligen Anteile sich in Geld genau ausdrücken. Das ist aber, wie gesagt, wenn man so will, historisch variabel. Von Jahr zu Jahr variabel und erfordert einen hohen Verwaltungsaufwand. Gleichwohl wird es getan werden.

Frau Ewert, SPD-Fraktion

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Herr Vorsitzender, also wir bestehen auch darauf, dass das umgesetzt wird mit der Geschäftsordnung. Wollen aber gleichwohl, weil dieses Thema im Moment so sensibel ist und die Dinge im Fluss sind und es auch ganz schwierig ist, darauf eingehen, dass die Verwaltung noch etwas Zeit hat, bis die Untersuchung abgeschlossen ist. Wir bestehen aber darauf, dass diese Dinge noch mal im Kulturausschuss genau diskutiert werden, dass der Kulturausschuss mitgenommen wird, dass in jeder Sitzung über diese Dinge geredet wird, denn so doll ist der Informationsfluss nicht. Wir erfahren hier was, erfahren dort was. Also, wir bestehen darauf und würden das ganze Werk noch mal in den Kulturausschuss verweisen und Sie halten uns bitte, Herr Dr. Marquardt auf dem Laufenden. Aber die Intention von Herrn Schramm, dass die Geschäftsordnung das eine ist und das, was in den Verträgen eingearbeitet ist, das andere, das sehen wir auch so und bestehen deshalb auf diese Umsetzung.

Herr Bartl

War der im Kulturausschuss? Dieser Antrag war, ich bin jetzt überfragt. Also, wenn er aus dem Kulturausschuss kommt, ich konnte dies leider nicht prüfen, dann kann man den nicht wieder zurück verweisen.

Herr Godenrath, CDU-Fraktion

Unsere Geschäftsordnung redet nicht von Anträgen, sondern von Angelegenheiten. Und, die Angelegenheit war ja nun sicher im Kulturausschuss. Also Sie können den Geschäftsordnungsantrag stellen, aber wir müssen darüber abstimmen, ob die Mehrheit des Rates das will. (unverständlicher Zwischenruf – ohne Ton) Das spielt keine Rolle. Es geht von einer Angelegenheit, da steht (unverständlicher Zwischenruf – ohne Ton).

Herr Bartl

Also, nicht behandelte Angelegenheit. Herr Krause.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Hier steht nicht Angelegenheit, hier steht Antrag. Es handelt sich um eine bekannte Angelegenheit. Die ist seinerzeit sehr kontrovers, übrigens im Kulturausschuss, diskutiert worden. Aber es ist in sich, von der Form her, ein neuer Antrag. So. Und aus dem Grund ist der auch verweisbar.

Herr Bartl

Wir stimmen jetzt über die Verweisbarkeit ab. (Allgemeines Stimmengewirr) So. Offensichtlich ist strittig. Wir stimmen über die Verweisbarkeit ab.

Frau Bürgermeisterin Szabados

Nein, nicht über die Verweisbarkeit, über den Verweis.

Herr Bartl

Und das stimmen wir jetzt ab. (unverständlicher Zwischenruf – ohne Ton). Herr Bönisch.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion

Also, ich spreche jetzt ausdrücklich zum Geschäftsordnungsantrag und nicht zu der Sache. Also im Geschäftsordnungsantrag, das macht keinen Sinn, was hier steht, ist ein klarer Handlungsauftrag. Da brauchen wir nicht noch drüber diskutieren, ob das passieren soll. Ich weiß nicht, welchen Sinn diese Verweisung haben soll. Es ist ein klarer Handlungsauftrag, eine Geschäftsordnung zu entwerfen, und die ist unabhängig übrigens, weil es ja bestehende Verträge gibt und wir können die nicht beliebig verändern, ist die Geschäftsordnung an sich unabhängig davon, was sie bei ihrem Gutachten rauskriegen, abgesehen davon, dass das Gutachten ja berücksichtigt werden kann, es liegt ja wohl schon vor.

Und zum Zweiten, dieses innere Verrechnungsmodell. Wenn Sie das nicht verstehen, Herr Dr. Marquardt, dann sollten Sie mal jemand fragen, der was davon versteht. Es gibt kein Modell zur inneren Verrechnung, weil Sie sagen, es ist alles so kompliziert, muss flexibel gehandhabt werden. Wer Ihnen das erzählt hat, der müsste ein paar hinter die Ohren kriegen, weil natürlich Modelle allgemeingültig formuliert werden müssen. Also, wenn Sie das nicht verstehen, weil Sie nicht vom Fach sind, kann ich das ja noch nachvollziehen. Eigentlich sollten Sie es bei Ihrer Gehaltsklasse auch sich anlesen können. Aber, es müsste jemand anderes geben, der es versteht und solche Modelle sind allgemeingültig und da kann man nicht sagen, die sind dieses Jahr so und nächstes Jahr so. Dass die Umsetzung nun, und das ist... (Herr Bartl unterbricht Herrn Bönisch) Ich rede zum Geschäftsordnungsantrag! Es kann gar nichts bringen, das noch mal in den Ausschuss zu verweisen. Es wird an dem Auftrag nichts verändern.

Herr Bartl

Wir wollen wieder friedlichere Töne anschlagen. Jetzt erst einmal noch Herr Krause.

Herr Krause

Also, Herr Bönisch, wenn Sie sagen, da stellen Sie jetzt eine Behauptung auf: Es kann nichts bringen, dann rufe ich Ihnen in Erinnerung, die Diskussion im letzten Hauptausschuss. Da müssen wir vorsichtig sein, wie wir diskutieren, weil es im nicht öffentlichen Teil war, wenn ich mich richtig erinnere, zum Punkt 2. Das ist die Frage der Zuständigkeit diskutiert worden. Und da ist auf einmal eine Option in den Raum gestellt worden, die wir so vorher nicht gehört haben. So. Und da gab es beinahe, zu mindestens ansatzweise, eine weiterführende Diskussion in dem Sinne. Und aus dem Grund, um da kein Schaden zu machen, sondern zu gucken, was sind für Optionen da usw., haben wir gesagt, o. k., wir verweisen das in den Kulturausschuss. Wir sind ja alle an der Sache interessiert und nicht, sozusagen im Verfahren allein Recht zu haben.

Frau Wolff

Zum Geschäftsordnungsantrag kann ich auch nur sagen, es kann nicht wahr sein, dass das verwiesen werden kann. Die Angelegenheit an sich ist behandelt worden. Gründlich behandelt worden. Warum wir den Antrag gestellt haben, Herr Krause, ich hab im Kulturausschuss sechs Mal schon nach diesen Dingen gefragt. Sechs Mal. Offensichtlich braucht es noch einen Anstoß, damit es überhaupt umgesetzt wird. Und die Sache, die Sie gerade ansprechen, die werden wir im nicht öffentlichen Teil haben. Also werden wir die auch noch im Kulturausschuss vermutlich besprechen. Aber das hier ist ein klarer Handlungsauftrag gewesen, und meiner Meinung nach können Sie den nicht wieder verweisen an einen Fachausschuss.

Herr Bartl

Meine Damen und Herren, wir stimmen jetzt über die Verweisung ab. Herr Dr. Marquardt noch.

Herr Dr. Marquardt

Ich möchte Herrn Bönisch noch antworten. Herr Bönisch. Ich hab vorhin einige Punkte vorgetragen, die in der Tat variabel sind. Und das verstehen Sie vielleicht nicht. Der Verwaltungsverbund hat das vorgetragen und begründet, warum diese Punkte zum Teil variabel sind und gar nicht anders als variabel sein können, weil es in der Tat Veränderungen gibt in der Lohnbuchhaltung, Abenddienst, all diese Dinge. Ich sage Ihnen das nur, Herr Bönisch, weil Sie einfach Behauptungen in den Raum stellen, denn es ist auch begründet. Die sind aber nicht begründbar. Mein Einwurf vorhin war lediglich, dass diese Untersuchung, von der Sie gesagt haben, die liegt wohl schon vor, da habe ich gesagt: Nein, sie liegt noch nicht vor. Es ist ein Zwischenergebnis vorgestellt worden. Mehr habe ich vorhin nicht gesagt. Danke.

Herr Bartl

Meine Damen und Herren. Bei allem Hin und Her. Wir stimmen jetzt über den Antrag auf Verweisung ab. Da kann kein Fehler sein. Und das tun wir jetzt. Und wer für diese Verweisung oder Rückverweisung noch mal ist, dann bitte jetzt um sein Handzeichen. Und die Gegenprobe. Das sieht nach Mehrheit aus. Also wird der Antrag nicht verwiesen und jetzt können wir, wenn kein Gesprächsbedarf mehr besteht, über den Antrag 7.13 abstimmen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS

Also, wenn man sich den Antrag nur mal durchsieht, dann stellt man fest, und man guckt in die Wirklichkeit, dass der absolut obsolet ist. Für mindestens in dem Punkt 2. Der ist schon mehr als hinfällig. Weil das Leben weiter gegangen ist. Man kann die Verwaltung rügen dafür, dass sie zum Zeitpunkt, als der Kulturausschuss das damals beschlossen hat und die Verwaltung selber erklärt hatte, dass sie diesen Beschluss sozusagen umsetzen wird, nicht sofort und in dem Maße, wie es in dem damaligen Beschluss drin stand, umgesetzt hat. Heute aber immer noch darauf zu bestehen, dass es umgesetzt werden soll, also fast anderthalb Jahre später, wenn sich inzwischen auch andere Bedingungen ergeben haben, halte ich, gelinde gesagt, für falsch, um mich vorsichtig auszudrücken. Zumal derselbe Kulturausschuss ja offensichtlich auch das Gutachten beauftragt hat, um Strukturveränderungen dort überprüfen zu können. Die natürlich verbunden sind mit den Dingen, die gemeinhin in einer Geschäftsordnung in dem Verbund und darüber hinaus geregelt werden sollen. Was unabhängig davon ist, und da stimme ich Herrn Schramm und anderen, die dazu gesprochen haben, durchaus zu, ist die Problematik der inneren Verrechnung. Also das ist mir natürlich absolut respektvoll, dass das bis heute nicht möglich ist, dieses Problem einer Lösung zugeführt zu haben. Aber die beiden anderen Punkte, die halte ich eigentlich an der Realität vorbeidiskutiert, wenn wir das heute so beschließen würden und deswegen hatte es, und deswegen hatte es für mich Sinn gemacht, das Gesamtpaket noch mal in den Ausschuss, aber das ist ja nun vorbei, aber deswegen hätte ich oder habe ich zugestimmt, das noch mal zu diskutieren, um die Gedanken, die man hier jetzt nur schriftlich ausgetauscht hat, noch mal in dem Kulturausschuss umfangreicher diskutieren zu können und sich auch gegenseitig zuzuhören und auch wirklich noch mal darüber nachzudenken, über die Sachlage. Über das, was wir heute vorfinden und nicht das, was vor anderthalb Jahren vorgefunden haben, als der Beschluss zustande gekommen ist, und als er auch berechtigter Weise zustande gekommen ist. Das will ich also ausdrücklich betonen. Der Beschluss damals war vor dem Hintergrund der Diskussion, die sowohl im Rat wie auch im Kulturausschuss geführt wurde, nicht verkehrt, sondern hatte seine Berechtigung und ist politisch gewollt gewesen. Aber inzwischen ist halt ein bisschen Zeit und Wasser die Saale runter gelaufen. Ich bitte, das hierbei zu berücksichtigen.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger

Herr Vorsitzender, Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist ja richtig, Herr Meerheim. Das Leben geht weiter. Aber gerade dieser Umsetzungsprozess dieser Orchesterfunktion, da hat die Fusion in vielen Fällen einfach immer daran gekrankt, dass Beschlüsse des Stadtrates nicht, nicht vollständig und nicht komplett umgesetzt worden sind. Und jetzt haben wir wieder einen ähnlichen Fall einfach. Es kann doch nicht sein, dass es nicht möglich ist, eine innere Verrechnung zwischen diesen zwei Einheiten herzukriegen. Natürlich macht es Aufwand. Aber es ist einfach notwendig, es ist erforderlich und es ist letztendlich einfach zwingend, um dort, ich sag mal einfach, in diesem Prozess eine gewisse Transparenz rein zu bekommen. Weil, wir haben doch bisher immer alles verwischt. Und in dem Sinne kann ich nur sagen, ist es unbedingt notwendig, diesen Antrag zu stellen. Wir haben hier vor einem Jahr es im Kulturausschuss behandelt. Es ist über ein Jahr nichts passiert an der Stelle und ich kann einfach nur sagen, man kann diesem Antrag nur zustimmen. Wenn sich jetzt herausstellt, dass ein paar Sachen so nicht machbar sind, das sehe ich natürlich auch so an der Stelle, dann muss man gucken, was davon verändert wird oder nicht. Aber zunächst, diesen Antrag, den halte ich für unbedingt notwendig, muss ich sagen.

Frau Wolff

Ich will auch nur noch mal was zur inneren Verrechnung sagen. Ich verstehe Ihre Argumentation da gar nicht, Herr Marquardt. Ich kann da Ihnen überhaupt nicht folgen, weil ich denke, dass ist eigentlich nur eine Buchführungsgeschichte. Das, was Sie immer so wortreich argumentieren, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, was Sie da eigentlich wollen, außer eine Abwehr, das überhaupt zu machen. Und das finde ich problematisch.

Herr Bönisch

Also in einem Punkt, nämlich in dem Punkt zwei des Antrages, also nicht dessen, was der ursprüngliche Antrag war, sondern des jetzigen aktuellen Antrages, da ist mir in der Pause gesagt worden, dass in der Zwischenzeit, zwischen dem Beschluss, der hinten drauf zitiert ist, der also jetzt umgesetzt werden soll und heute, eine Vertragsverlängerung stattgefunden hat für den Herrn von Sohl, also das ist jetzt gar keine Intimität, ich frage nur, denn es geht nicht um Einzelheiten des Vertrages, wenn der Vertrag erst kürzlich verlängert worden ist und mit festen Regeln versehen, dann macht der Punkt zwei möglicherweise tatsächlich keinen Sinn. Seinerzeit war gesagt worden, der Vertrag läuft in absehbarer Zeit aus und ist neu zu gestalten. Deswegen war auch diese ganze Auftragsstellung mit gegeben gewesen. Die Punkte eins und drei sind selbstverständlich überhaupt nicht obsolet. Sie sind ganz aktuell und die können umgesetzt werden ohne jedes Problem. Also, wenn das allerdings stimmt, dass der Vertrag mit Herrn von Sohl kürzlich fest geschlossen worden ist und jetzt sowieso nicht verändert werden kann, dann könnte man diesen Punkt zwei tatsächlich raus nehmen.

Frau Bürgermeisterin Szabados

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob dieser Punkt zwei im nicht öffentlichen Teil besprochen werden müsste. Aber es ist hier wirklich so, dass da auch die Stadt keinen unmittelbaren Einfluss auf diesen Vertrag hat. Das muss ich mit aller Deutlichkeit sagen. Insofern ist dieser Punkt zwei wirklich nicht umsetzbar. Aber ich will noch mal das aufgreifen, was Herr Dr. Meerheim gesagt hat. Der Kulturausschuss hat das beschlossen – hat aber kurz danach beschlossen, eine Untersuchung in Auftrag zu geben, die genau die zukünftigen Strukturen – wie soll das laufen, wie soll die Zusammenarbeit sein, damit sie optimal ist – als Aufgabenstellung hat. Ich muss mal sagen, ich hab mich jetzt mit der Geschichte ein bisschen näher befasst und da bin ich zu der Erkenntnis gekommen, dass es nicht anders sein kann, als dass der zuständige Kulturausschuss sich gesagt hat, damit wir jetzt nicht irgend etwas machen mit innerer Verrechnung und Geschäftsordnung, sondern: wir wollen doch erst mal wissen, welche Strukturen sind denn die Optimalen? Lassen wir das doch mal untersuchen. Dann hat die Verwaltung, so war das für mich auch nachvollziehbar, gesagt, na gut, wir warten jetzt diese Untersuchung ab und auf der Grundlage dieser Untersuchung, das hat was miteinander zu tun, gucken wir dann, welcher Vorschlag gemacht wird. Wollen Sie jetzt wirklich ernsthaft, dass wir, wo diese Untersuchung kurz vor dem Abschluss steht, wir haben jetzt gerade vorgestern einen Zwischenbericht gehört, wo es sicherlich Vorschläge geben wird, mit denen wir uns befassen müssen ... – Frau Wolff, Entschuldigung, ich hab gesehen, dass Sie sich gemeldet haben, aber ich müsste es vielleicht auch mal ausführen können. Es ist etwas irritierend, wenn da immer einer dann mit dem Kärtchen rumwackelt. –

Ich wollte eigentlich nur sagen: Wäre es denn nicht vernünftig, dass jetzt mal wirklich abzuwarten und jetzt nicht der Verwaltung den Auftrag zu geben, sich jetzt in eine Geschichte zu stürzen, Ihnen das, das braucht ja auch ein bisschen Zeit, vorzulegen, wenn sich das vielleicht mit den Erkenntnissen aus dieser Untersuchung dann evtl. überholt hat? Ich gebe Ihnen Recht, wir sind als Verwaltung gehalten, Ihre Beschlüsse hier umzusetzen und ich denke, wenn man merkt, da läuft etwas in eine andere Richtung, ist es dringend notwendig, dass man die entsprechenden Ausschüsse mitnimmt und dann muss man auch mal sehen, wenn dann ein Beschluss nicht zu halten ist, dass man sagt, dann ändern wir diesen Beschluss oder informieren zu mindestens, das wir den jetzt nicht umsetzen, weil wir jetzt diese Untersuchung in Auftrag gegeben haben. Also, dass nehme ich mal so selbstkritisch für die Verwaltung an und da werden wir auch eine andere Kommunikation haben müssen.

Aber heute, wo ich Ihnen jetzt sagen kann, Ende Mai, Herr Dr. Marquardt, ja, Ende Mai liegen die Untersuchungen vor. Wollen Sie sich das nicht erst einmal angucken? Ich sage Ihnen dann, das Ergebnis, wie Sie dann entscheiden, dass wir dann so agieren und jetzt nicht die Verwaltung darauf hetzen, dass sie jetzt nun hier diese Dinge abarbeitet, die sich evtl. dann zumindest in der anderen Konstellation ergeben könnten. Ich meine, ich muss auch ein bisschen darauf achten, wo setzen wir denn nun Verwaltungskraft ein. Ich möchte da wirklich nur dafür plädieren. Unbenommen: Es hätte anders laufen müssen.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger

Frau Bürgermeisterin, das sind sehr beruhigende Worte in dem Sinne, dass Sie versprechen, sozusagen diese Informationspflicht, die eben selbstverständlich ist, dort einzuhalten. Der Antrag stößt natürlich in dieses sensible, komplexe und von manchen verstanden und für manchen nicht verstandenes Thema vor und hat eben, leider Gottes, extrem viele Probleme gezeitigt in den letzten Jahren und es stimmt einfach nicht, wenn Sie sagen, kurz nach einer Beschlussfassung ist irgendwie ein Auftrag erteilt worden, sondern zwölf Monate nach dieser Beschlussfassung. Über zwölf Monate nach dieser Beschlussfassung, die ja hier hängt, nämlich im Januar letzten Jahres ist dieser Beschluss gefasst worden und wir haben, wie Sie ja wissen, erst vor wenigen Monaten, also im Februar glaube ich, diesen Beschluss gefasst zum Gutachten, was jetzt erteilt ist. Also das ist also faktisch nicht kurz danach.

Zwölf Monate sind vergangen. Ich denke, Herr Marquardt, dass viele Probleme in der fehlenden Umsetzung, wenn wirklich hier die Probleme auch vom Opernhaus, von der Staatskapelle, stattfinden, zeitigen; und, das, was Sie begründen hier. Und deswegen bin ich auch für die Umsetzung für diesen Antrag, weil ich glaube, dass die Darstellung, die Sie sich verpflichten, gerne stattfinden kann. Sie kann ja jederzeit im Kulturausschuss oder in anderen Ausschüssen sofort stattfinden, aber grundlegend müssen hier ganz klare, ganz feste Vereinbarungen gehalten werden, weil eben in solchen Häusern, wie Sie wissen, Orchester, Opernhaus, mit dem vielen Personal, extreme Fliehkräfte entstehen durch Unsicherheit. Und wenn hier eine Kooperation, eine Fusion entschieden ist, müssen wir auch sozusagen darauf dringen, dass die Verwaltung diese ganz fest und starr umsetzt, damit nämlich nicht dort Explosionen stattfinden, oder Impllosionen, wie wir das alles in den letzten Monaten erlebt haben.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich das alles richtig verstanden habe, so gibt es hier zwei Punkte, die scheinen mir auch plausibel notwendig zu sein, nämlich den Punkt eins und drei. Das ist die Geschäftsordnung über die Vereinbarung zur Zusammenarbeit. Da müssen wir nicht irgendwelche Gutachten abwarten. Und der Punkt drei ist eigentlich ganz selbstverständlich. Deshalb würde ich einfach vorschlagen, wir ziehen den Punkt zwei zurück, weil er eh nicht mehr umsetzbar ist, wie Sie das dargestellt haben, und dann liegen jetzt zur Abstimmung Punkt eins und drei vor.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion

Frau Bürgermeisterin, ich wollte nur eine Korrektur an Ihren Ausführungen anbringen. Und zwar hat nicht der Kulturausschuss diese Untersuchungen in Auftrag gegeben. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass ich im öffentlichen Teil sogar noch, des Stadtrates, eine mündliche Anfrage gestellt habe, ob die Verwaltung so eine Untersuchung in Auftrag gegeben hat. Und das hatte sie schon. Also, es war dann letzten Endes die Verwaltung, die aktiv geworden ist, nachdem der Kulturausschuss diese Sache behandelt hatte und der musste dann (keine Tonaufnahme, da abgewandt vom Mikrofon) Im Übrigen frage ich mich, die Untersuchung ist doch schon da?

Frau Bürgermeisterin Szabados

Ein Zwischenbericht. Ende Mai liegt das endgültige Ergebnis vor. Natürlich gibt die Verwaltung in Auftrag, aber ich bin fest davon ausgegangen, dass das im Kulturausschuss besprochen worden ist. Liege ich da falsch? Ja?

Herr Bartl

So. Jetzt noch mal Herr Krause.

Herr Krause

Also ich möchte gern noch mal an die Vernunft appellieren. Muss es denn sozusagen, wie Frau Wolff, unbedingt ums Prinzip gehen? Die Frau Bürgermeisterin hat doch hier eine klare Erklärung abgegeben mit dem Hinweis, dass die Untersuchung oder eine Abschlussuntersuchung vorliegt Ende Mai. Und wenn es uns um die Sache geht, dann kommt es jetzt wirklich auf diese drei Wochen nicht an, zu schauen, inwieweit sozusagen die Ergebnisse reinwirken in diese Geschichte. Ich möchte mal an Ihr Gedächtnis appellieren, Herr Wolter, und zu dem Kulturausschuss, als wir das diskutiert haben. Sie wissen doch selber, dass eine Spielzeit von Mitte des Jahres zu Mitte des Jahres geht.

Und der Verwaltungsdirektor hat uns damals erklärt, als er der Verbund gegründet worden ist, dass er eine gewisse Zeit braucht, um sozusagen das darzustellen in dem neu gegründeten Verbund, weil noch niemand wissen konnte, wie diese Zahlungsströme laufen. Und das ist im Kulturausschuss nicht konsensual diskutiert worden. Das ist sehr strittig diskutiert worden. Sie haben da eine bestimmte Meinung dazu. Wir hatten eine andere Meinung dazu. Das war nicht abschließend behandelt und es ist dann sozusagen auseinander gegangen worden, in dem Sinne, dass im Grunde eine gewisse Zeit gelassen wird. Und schon relativiert sich der Abstand zur jetzigen Untersuchung, die in Auftrag gegeben worden ist. Lasst doch im Sinne der Sache doch einfach bis Ende des Monats Zeit, schaut Euch die Sache an und dann kann man das immer noch, das war sozusagen der Hintergrund auch unserer Verweisung, dass wir gesagt haben, lasst es uns zusammen betrachten. Und dann ist die Spielzeit sowieso de facto zu Ende und mit Beginn der neuen Spielzeit kann man genau solche Sachen machen.

Herr Schramm

Ich gebe ja zu, dass das alles ein bisschen miteinander zusammenhängt. Aber wir müssen es uns auch klar machen, dass wir jeden Monat 2 Millionen für diesen Bereich Staatskapelle und Oper ausgeben. Ich kann zurzeit nicht prüfen, ob es eine vernünftige Arbeitsvereinbarung zwischen diesen beiden Bereichen in diesem Verbund gibt. Ich kann nicht prüfen, inwieweit, wenn die Intendanten, die Generaldirektoren und sonst was nicht zur Verfügung stehen, inwieweit eine vernünftige Arbeit dort geregelt ist. Wie wollen wir uns denn verteidigen, wenn wir vielleicht in vier Monaten feststellen, aus den und den Gründen sind uns Mindereinnahmen entstanden. Es geht doch um ganz einfache Arbeitsprinzipien. Wir wollen da auch hier keinen riesigen Vertragstext. Aber ich kenne die Verträge des Intendanten nicht, wir kennen den Vertrag nicht vom Chefdirigenten, wo das angeblich so geklärt ist. Und das ist das, was wir einfach wollen. Wie verhält sich die Staatskapelle zur Oper in diesem Verbund, so wie wir ihn gewollt haben?

Herr Bartl

So, jetzt liegt hier der Vorschlag vor von Herrn Prof. Schuh, dass der zweite Beschlusspunkt herausgenommen wird. Zurückgezogen, habe ich doch gesagt. (Zwischenrufe ohne Ton) Ich hab „herausgenommen“ gesagt. Sie können jetzt, ich hoffe, Sie sind abstimmungsbereit, über Eins und Drei und damit über diesen Antrag abstimmen. Wir stimmen auch getrennt über die beiden Beschlusspunkte ab. Jetzt Beschlusspunkt Eins vom Antrag 7.13. Erstellung einer Geschäftsordnung, Vereinbarung Zusammenarbeit im Verbund Oper und Staatskapelle. Wer diesem Antrag folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen.

Das ist klar die Mehrheit. Dankeschön. Beschlusspunkt Drei, Erstellung eines Modells der inneren Verrechnung und die innere Verrechnung selbst. Wer diesem Beschlusspunkt folgen kann, bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Und das ist auch die Mehrheit. Damit ist auch dieser Beschlusspunkt angenommen.

Frau Bürgermeisterin Szabados

Wir werden Ihnen das ohne schuldhaftes Zögern vorlegen.

E n d e des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis:

Beschlusspunkt 2: zurückgezogen

2. *Erstellung eines Vertrages des Verwaltungsdirektors für den Verbund Oper Halle/Staatskapelle Halle*
-

Beschlusspunkt 1: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschlusspunkt 3: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss (in modifizierter Form):

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Dringlichkeitsantrag der Stadtratsmitglieder des Kulturausschusses der Stadt Halle (Saale) zum Verbund Oper Halle/Staatskapelle Halle vom 24.01.06 unverzüglich in folgenden Punkten umzusetzen:

1. Erstellung einer Geschäftsordnung/Vereinbarung zur Zusammenarbeit im Verbund Oper und Staatskapelle
 2. Erstellung eines Modells der inneren Verrechnung und die innere Verrechnung selbst
-

zu 8 Anfragen von Stadträten

**zu 8.1 Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu linksextremen Gruppen in Halle
Vorlage: IV/2007/06276**

1. Welche Erkenntnisse über Aktivitäten linksextremer Gruppen in Halle liegen vor?
2. Welche Straftaten mit linksextremem Hintergrund wurden in Halle in den Jahren 2005 und 2006 verübt?
3. Wie schätzt die Verwaltung die Situation der linksextremen Szene in Halle ein und wurden Maßnahmen eingeleitet, linksextreme Bestrebungen zurückzudrängen?

Antwort der Verwaltung:

Infolge der sachlichen Zuständigkeit wurden die Fragen eins und zwei durch die Polizeidirektion Halle und die Frage drei durch den Geschäftsbereich V, Soziales, Jugend und Gesundheit, beantwortet.

zu 1.

Diese Frage wurde durch die Polizeidirektion mit dem Hinweis auf den Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2005, herausgegeben im Juni 2006, Seite 48 – 71, beantwortet. Dieser Bericht kann im Internetportal des Landes Sachsen-Anhalt unter www.sachsen-anhalt.de unter Ministerien – Ministerium des Innern – Aufgaben von A – Z - unter Buchstabe V – herunter geladen werden.

zu 2.

Die Beantwortung der Frage erfolgt in Form einer tabellarischen Aufstellung gemäß Anlage.

zu 3.

Was die Arbeit mit diesbezüglich **politisch orientierten** Jugendlichen betrifft, wird durch das Arbeitsfeld Streetwork der Stadt der Zugang zu diesen Jugendlichen gesucht. Hier geht es um Beziehungsarbeit, die sich im Prozess wachsender Vertrautheit und gegenseitiger Akzeptanz im Umgang miteinander entfaltet. Kern dieser Beziehungsarbeit sind dann vor allem intensive, situativ entstehende Einzelgespräche. Ziel muss es sein, den Jugendlichen Wertorientierungen beim Aufwachsen auf der Grundlage des Grundgesetzes zu geben und jeder Form von Extremismus entgegen zu wirken.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Anlage

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu Asylbewerbern Vorlage: IV/2007/06394

-
- 1. Wie viele Asylbewerber gab es im Jahr 2006 in Halle und aus welchen Ländern sind diese?**
 - 2. In welcher Höhe belaufen sich die Gesamtkosten für die Asylbewerber?**

Um aufwendige Verwaltungsarbeit zu vermeiden, ist eine Aufschlüsselung der Kosten nicht erforderlich.

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Aufhältige Asylbewerber in der Stadt Halle:119

Die Herkunftsländer sind: Äthiopien, Armenien, China, Eritrea, Irak, Iran, Mali, Niger, Nigeria, Russische Föderation, Serbien- Montenegro, Sonstige asiatische Staaten, Syrien, Türkei, Vietnam

Zu 2.

Die Ausgaben für Asylbewerber lagen im Jahr 2006 bei insgesamt **833.972 €**. Dieser Betrag setzt sich aus Hilfen zum Lebensunterhalt, Unterkunft, Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und Krankenbehandlung zusammen.

Szabados
Bürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.3 Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu geduldeten Ausländern in Halle
Vorlage: IV/2007/06395**

- 1. Wie viele nicht erstattungsfähige, geduldete Ausländer gab es im Jahr 2006 in Halle und aus welchen Ländern sind diese?**
- 2. In welcher Höhe belaufen sich die Gesamtkosten für die so genannten nicht erstattungsfähigen, geduldeten Ausländer?**

Um aufwendige Verwaltungsarbeit zu vermeiden, ist eine Aufschlüsselung der Kosten nicht erforderlich.

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Geduldete Personen in der Stadt Halle: 667

Die Herkunftsländer sind: Äthiopien, Afghanistan, Algerien, Armenien, Burkina Faso, China, Ghana, Eritrea, Irak, Iran, Kamerun, Mongolei, Mali, Niger, Nigeria, Russische Föderation, Serbien-Montenegro, Sierra Leone, Sonstige asiatische Staaten, Sudan, Syrien, Türkei, Togo, Zaire, Vietnam

Zu 2.

Die Ausgaben für geduldete Personen lagen im Jahr 2006 bei insgesamt **3.869.750 €**. Dieser Betrag setzt sich aus Hilfen zum Lebensunterhalt, Unterkunft, Schaffung von Arbeitsgelegenheiten zusammen. Zur Thematik der Kostenerstattung verweise ich auf die Vorlage IV/2006/06042 vom 22.02.2007, da die Zuweisungen unverändert nach dem FAG geregelt sind.

Szabados
Bürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.4 Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu Maßnahmen zur Kostensenkung bei geduldeten Ausländern
Vorlage: IV/2007/06396

1. **Gibt es Möglichkeiten, Initiativen, Maßnahmen seitens der Stadt Halle, um die Zahl der so genannten nicht erstattungsfähigen, geduldeten Ausländer zu senken? Wenn ja, welche?**
2. **Sollte dies nicht der Fall sein, plant die Stadt in dieser Richtung aktiv zu werden? Ist dies nicht der Fall, bitte begründen.**

Antwort der Verwaltung:

zu 1. und 2.

Der Aufenthalt von geduldeten Personen ist durch das **Zuwanderungsgesetz/ Aufenthaltsgesetz bundesweit** geregelt. Daraus resultiert, welche Personen aufgrund von Abschiebungshindernissen etc. befristet im Ort ihrer ursprünglichen Zuweisung verweilen können.

Die Zuweisungen werden ebenfalls bundesweit durch eine Quotenregelung gesteuert.

Die Kosten für geduldete Personen ergeben sich aus dem **Asylbewerberleistungsgesetz**.

Dabei handelt es sich um ein **Bundsgesetz**, das die Leistungsansprüche bezüglich Lebensunterhalt, Unterkunft und Krankenhilfe regelt.

Die Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes obliegt ausschließlich dem Bundesrecht. Die Kommunen haben hier keinerlei Einflussmöglichkeiten.

Szabados
Bürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.5 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - bezüglich der PPP-Projekte der Schulen und Kitas der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06354

In der Novembersitzung des Stadtrates am 22.11.2006 wurde vom Stadtrat dem Beschlussvorschlag IV/2006/06083 „Zuschlag für das PPP-Projekt Schulen der Stadt Halle (Saale)“ zugestimmt. In diesem Jahr läuft die Sanierung der Schulen und Kitas an. Ich möchte von der Verwaltung wissen:

1. **Wie hoch waren in den vergangenen 4 Jahren die Ausgaben bzw. Einstellungen in den Haushalt für die einzelnen Schulen und Kitas des PPP-Projektes?**
2. **Wie hoch werden die voraussichtlichen Ausgaben für die Schulen und Kitas des PPP-Projektes in den nächsten Jahren (bis 2012) sein?**

3. Wie wird sich der Haushalt für den Bereich Schulen inklusive der Ausgaben für die PPP-Schulen im gleichen Zeitraum entwickeln? Wie werden sich die Ausgaben entsprechend für die Kitas entwickeln?
4. Wie werden die Mehrausgaben durch die PPP-Schulen und der PPP-Kitas im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gedeckt?
5. Ab wann werden die Schulen und Kitas des PPP-Projektes haushaltsmäßig von den anderen Schulen bzw. Kitas getrennt und wie werden sie im Haushalt zukünftig ausgewiesen?

Antwort der Verwaltung:

1. Wie hoch waren in den vergangenen 4 Jahren die Ausgaben bzw. Einstellungen in den Haushalt für die einzelnen Schulen und Kitas des PPP-Projektes?

PPP - Projekt Eigenbetrieb Kindertagesstätten						
in Euro						
Einrichtung	Kostenstelle		2003	2004	2005	2006
Kita Krähenberg	51906008	PK SK	366.324 22.525	288.524 21.671	275.686 59.613	278.389 50.850
		Ausgaben ges. Einnahmen ges.	388.849 216.708	310.195 190.577	335.299 179.336	329.239 196.246
Kita Händel	51906012	PK SK	345.081 63.514	265.192 30.919	240.241 57.859	242.596 60.926
		Ausgaben ges. Einnahmen ges.	408.595 216.708	296.111 190.577	298.100 174.062	303.522 171.015
Kita Sonnenschein	51906017	PK SK	547.351 92.227	523.287 56.977	413.529 92.049	417.584 119.758
		Ausgaben ges. Einnahmen ges.	639.578 296.065	580.264 269.984	505.578 276.917	537.342 294.370
Kita Wunderpferdchen	51906050	PK SK	608.024 130.837	561.597 82.357	456.851 96.432	461.330 132.613
		Ausgaben ges.	738.861	643.954	553.284	593.943

		Einnahmen ges.	360.162	307.040	290.103	308.387
--	--	-------------------	---------	---------	---------	---------

Anmerkungen: - ab 2005 enthalten die Sachkosten alle umgelegten Kosten des Eigenbetriebes ZGM
- die Fehlbedarfsfinanzierung ist in den Einnahmen nicht enthalten

PPP-Projekt Schulen						
Schule	Kostenstelle	Kostenart	Kostenvergleich der HH-Jahre in €			
			2003	2004	2005	2006
Sek. Schule Hemingway- straße	4000.6230 4000.1231 TH	Personalkosten (incl. FB)	49.219	47.386	56.159	61.210
		Sachkosten (incl.TH u. FB)	187.788	409.105	534.938	618.933
		Ausgaben Gesamt	237.007	456.491	591.097	680.143
		Einnahmen	0	953	79	2.356
KGS "W. v. Humboldt"	4000.6401 4000.1402 TH 4000.1405 TH	Personalkosten (incl. FB)	83.423	91.742	99.667	102.588
		Sachkosten (incl.TH u. FB)	414.756	718.303	908.779	836.573
		Ausgaben Gesamt	498.179	810.045	1.008.446	939.161
		Einnahmen	0	1.307	681	73.101
GS Lilienschule	4000.6144	Personalkosten (incl. FB)	45.498	34.154	35.759	32.017
		Sachkosten (incl.TH u. FB)	106.571	235.033	219.140	209.287
		Ausgaben Gesamt	152.069	269.187	254.899	241.304
		Einnahmen	0	1.295	1.407	2.198
BbS V Außenst. Klosterstr.	4000.6741 4000.1605 TH	Personalkosten (incl. FB)	45.117	42.294	47.711	47.759
		Sachkosten (incl.TH u. FB)	93.290	233.457	278.123	261.000
		Ausgaben Gesamt	138.407	275.751	325.834	308.759
		Einnahmen	0	11.655	9.781	6.060
Schule für LB	4000.6500	Personalkosten (incl.	48.744	48.054	48.697	49.339

Pestalozzi	4000.1501	FB) Sachkosten (incl.TH u. FB)	178.704	343.620	341.138	336.518
		Ausgaben Gesamt	227.448	391.674	389.835	385.857
		Einnahmen	0	541	1.066	5.082
GS Wittekind	4000.6103	Personalkosten (incl. FB)	38.489	27.507	28.556	28.614
		Sachkosten (incl.TH u. FB)	24.915	160.017	176.982	175.278
		Ausgaben Gesamt	63.404	187.524	205.538	203.892
		Einnahmen	0	386	226	584

Giebichenstein- Gymnasium "Th. Müntzer"	4000.6302 4000.1303 TH 4000.1314 TH	Personalkosten (incl. FB)	74.176	86.849	93.934	97.846
		Sachkosten (incl.TH u. FB)	319.670	683.285	795.871	785.333
		Ausgaben Gesamt	393.846	770.134	889.805	883.179
		Einnahmen	500	1.473	1.033	9.559

PPP-Projekt Schulen						
Schule	Kostenstelle	Kostenart	Kostenvergleich der HH-Jahre in €			
			2003	2004	2005	2006
GS Neumarkt	4000.6105 4000.1103 TH	Personalkosten (incl. FB)	48.113	31.638	33.708	35.645
		Sachkosten (incl.TH u. FB)	99.305	206.991	222.828	222.599
		Ausgaben Gesamt	147.418	238.629	256.536	258.244
		Einnahmen	0	557	1.196	3.286
GS "U. v. Hutten"	4000.6143 4000.1118 TH	Personalkosten (incl. FB)	26.703	69.282	32.157	32.292
		Sachkosten (incl.TH u. FB)	65.456	195.328	184.863	179.411
		Ausgaben Gesamt	92.159	264.610	217.020	211.703
		Einnahmen	0	41	226	1.407

--	--	--	--	--	--

Anmerkung: Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und Zuordnung der Kosten auf Kostenstellen - die einzelne Schule - wurde in der Stadtverwaltung Halle 2003 eingeführt. Durch die Auflösung von Sammelnachweisen wurden 2003 z.B. die Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude und für die Bewirtschaftungskosten nur teilweise objektkonkret gebucht. Die Einnahmen wurden 2003 noch nicht objektkonkret in der KLR dargestellt. Seit 2006 werden die Gastschulbeiträge auf die Kostenstellen gebucht.

2. Wie hoch werden die voraussichtlichen Ausgaben für die Schulen und Kitas des PPP-Projektes in den nächsten Jahren (bis 2012) sein?

Die Haushaltsauswirkungen – voraussichtlichen Ausgaben – für die Schulen und Kitas des PPP-Projektes sind in der Beschlussvorlage des Stadtrates Nr. IV/2006/06083 – Zuschlag für das PPP-Projekt Schulen der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006 dargestellt.

3. Wie wird sich der Haushalt für den Bereich Schulen inklusive der Ausgaben für die PPP-Schulen im gleichen Zeitraum entwickeln? Wie werden sich die Ausgaben entsprechend für die Kitas entwickeln?

a) Schulen

Jahr	Ausgaben für übrige Schulen - in Mio. Euro -
2008	27,5
2009	27,5
2010	26,9
2011	26,5
2012	27,2

b) Kitas

Jahr	Ausgaben für übrige Kitas - in Mio. Euro -
2008	23,4
2009	22,8
2010	23,4
2011	23,4

4. Wie werden die Mehrausgaben durch die PPP-Schulen und der PPP-Kitas im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gedeckt?

Im Rahmen der allgemeinen Konsolidierungsmaßnahmen ist der Mehraufwand berücksichtigt. Eine Zuordnung von einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen ist aufgrund des Gesamtdeckungsprinzips des Haushalts nicht möglich.

5. Ab wann werden die Schulen und Kitas des PPP-Projektes haushaltsmäßig von den anderen Schulen und Kitas getrennt und wie werden sie im Haushalt zukünftig ausgewiesen?

Die Schulen des PPP-Projektes werden von den anderen Schulen ab dem Haushaltsjahr 2008 getrennt dargestellt. Die Einordnung erfolgt entsprechend der Vorschriften über die Gliederung und Gruppierung der Haushaltspläne der Gemeinden und Landkreise zur Haushaltssystematik.

Die Kindertageseinrichtungen werden im Finanz- und Vermögensplan des Eigenbetriebes Kindertagesstätten ausgewiesen. Über die im Eigenbetrieb geführte Kostenrechnung wird die Ausgabenentwicklung aller 50 Einrichtungen überwacht.

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, fragte zu Punkt 3 der Beantwortung seiner Anfrage. Umfasst diese Tabelle die übrigen Schulen inklusive der Berufsbildenden Schulen oder sind dort nur Grund- sowie Sekundarschulen und Gymnasien zusammengefasst?

Frau Bürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Zu Punkt 5 bat **Herr Bauersfeld** um klarstellende Auskunft. Werden die PPP-Projekte Schulen und -Kindergärten getrennt aufgelistet?

Herr Geier, Beigeordneter Zentraler Service, antwortete, dass man eine getrennte Darstellung wählen könne, innerhalb dieser Schulunterabschnitte. Dazu gebe es dann eine entsprechende Erläuterung, dass es um diese PPP-Finanzierungsvariante ginge für die Zukunft.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.7 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zur schulischen Nutzung von Flächen im Künstlerhaus 188
Vorlage: IV/2007/06431**

Im Künstlerhaus 188 ist nach wie vor ein erheblicher Anteil der Nutzfläche nicht vermietet (siehe Anfragen im Kulturausschuss).

Welche Möglichkeiten bestehen, die nicht vermietete Fläche einer schulischen Nutzung zuzuführen?

Wäre auf diesem Wege der zusätzliche Raumbedarf des Cantogymnasiums am künftigen Standort Torstraße für Arbeitsgemeinschaften und andere Veranstaltungen zu decken?

Antwort der Verwaltung:

Entsprechend dem derzeitigen Aufgabenprofil des Künstlerhauses 188 wird das Haus durch Kunstvereine, Absolventen der Hochschule für Kunst und Design, junge Künstler, Arbeitsgemeinschaften und andere Interessierte als Werkstatt und zur Präsentation von zeitgenössischer Kunst genutzt. Darüber hinaus ist das Künstlerhaus Heimstatt der Geschäftsstellen des Halleschen Kunstvereines, des Förderkreises der Schriftsteller Sachsen Anhalt e. V., des Berufsverbandes Bildender Künstler Sachsen Anhalt e. V., des Landesverbandes Deutscher Komponisten Sachsen Anhalt e. V. und des Künstlerhaus 188 e. V. sowie der Kreativen Kinderwerkstatt- Kindermuseum e. V. Die Auslastung schwankt auch durch die wechselnde Nutzung des Objektes für Projekte, Ausstellungen und Ähnliches mehr. Die konkreten Zahlenangaben sind in der Anlage beigefügt. Seit dem Jahr 2005 ist eine stetige Steigerung der Auslastung der Ateliers und der Werkstätten zu verzeichnen und liegt im Durchschnitt zwischen 77 und 83 %.

In einer Abstimmung zwischen dem FB Schule, Herrn Hildebrandt, und dem Direktor des Cantorgymnasiums wurde festgestellt, dass für die schulische Nutzung keine zusätzlichen Räume benötigt werden.

Anlässlich einer Besichtigung durch den Direktor des Cantorgymnasiums am 16.03.2007 wurde deutlich, dass dieser das Künstlerhaus 188 gern für Arbeitsgemeinschaften, zur Realisierung von Kunstprojekten und für andere außerschulische Veranstaltungen nutzen möchte. Am 17. April 2007 erfolgte dazu eine erste Abstimmung zwischen dem Direktor des Gymnasiums und dem Geschäftsführer des Künstlerhauses mit dem Ergebnis, dass grundsätzlich außerschulische Veranstaltungen dort stattfinden sollen. Eine entsprechende Konzeption wird dazu in den kommenden Wochen durch das Gymnasium erarbeitet, vor allem auch unter dem Gesichtspunkt, wie die erforderlichen Betriebskosten für die Nutzung der Räume von Seiten des Gymnasiums aufgebracht werden können.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung

Anlage

zu 8.8 Anfrage des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zum Konzept für die Peißnitzinsel Vorlage: IV/2007/06410

In den Ausschüssen des Stadtrates wurde in den Jahren 2003 und 2004 auf Antrag der PDS-Fraktion über die Erstellung einer Gesamtkonzeption der Stadt Halle (Saale) für die Peißnitzinsel diskutiert. Im Jahr 2005 führte das Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg eine Bürgerumfrage zur Zukunft der Peißnitz in Halle durch.

Ich frage:

- 1. Wann wird eine Gesamtkonzeption für die Peißnitzinsel im Stadtrat vorgestellt?**
- 2. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung bezüglich der Wiederherstellung von Minigolfanlage und Schachanlage westlich der Straße Peißnitzinsel seitens der Stadt Halle (Saale) oder durch private Initiativen?**
- 3. Welche Finanzmittel für Investitionen sind für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung für Maßnahmen auf der Peißnitz vorgesehen?**

Antwort der Verwaltung:

1. Eine Gesamtkonzeption kann noch nicht erstellt werden, da verschiedene Einzelpunkte (Peißnitzhaus, Erneuerung der Brücke an der Eissporthalle und damit verbundene Änderungen in der Wegeführung u.a.) bisher nicht geklärt werden konnten. Derzeit wird für die Insel ein ökologisches Gutachten erstellt. Die Ergebnisse werden Ende September vorliegen. Auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Bürgerumfrage 2005 kann bis zum Jahresende 2007 ein Konzept für den Landschaftsraum erstellt werden.
2. Zur Wiederherstellung der Minigolfanlage gab es zahlreiche Anfragen, aber nie einen wirklich kompetenten Bewerber. Im Moment steht von der alten Anlage nur noch eine separate Überdachung, die so nicht nutzbar ist. Einen Neubau im Überflutungsbereich, der heute erforderlich wäre, würde die Stadt nicht empfehlen.
3. Finanzmittel der Stadt sind für die Peißnitz nicht vorgesehen. Die Insel liegt nicht in einem Fördergebiet.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.9 Anfrage des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zum Bestand und zur Nutzung von Fahrzeugen der Stadtverwaltung Halle (Saale) und der städtischen Eigenbetriebe Vorlage: IV/2007/06413

Die Fahrzeugflotte der Stadt Halle (Saale) zieht nicht unerhebliche Sachkosten im jeweiligen Haushaltsjahr nach sich. Daher gilt es zu prüfen, inwieweit in diesem Bereich alle Einsparpotentiale genutzt werden. Als Grundlage dafür sind Informationen zum Bestand an Fahrzeugen und deren Nutzung erforderlich.

Ich frage:

1. **Über wie viele Fahrzeuge zur Personen- und Güterbeförderung verfügen Stadtverwaltung und Eigenbetriebe?**
2. **Wie viele dieser Fahrzeuge sind Eigentum der Stadt?**
3. **Welchen Strukturen (z.B. Fachbereichen) bzw. Funktionen sind diese Fahrzeuge im Einzelnen zugeordnet und um welche Fahrzeugtypen incl. Baujahr handelt es sich?**
4. **Wie viele Kilometer Fahrleistung erbrachten die einzelnen Fahrzeuge im Jahr 2006?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe verfügen insgesamt über 415 Fahrzeuge zur Personen- und Güterbeförderung.

zu 2.

Im Eigentum der Stadtverwaltung befinden sich 377 Fahrzeuge.

zu 3.

In der Anlage 1 erhalten Sie eine Bestandsübersicht mit Zuordnung zu den einzelnen Fachbereichen, Fahrzeugtypen incl. Baujahr/Erstzulassung.

zu 4.

In der Anlage 2 ist ersichtlich, wie viel Kilometer im Jahr 2006 die gesamten Fahrzeuge der Stadtverwaltung erbracht haben.

Egbert Geier
Beigeordneter

2 Anlagen

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.10 Anfrage des Stadtrates Mathias Weiland - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
zum Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06415**

Im Dezember 2004 wurde durch den Stadtrat dem Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale) 2005 bis 2008 mit dem Land Sachsen-Anhalt zugestimmt. In § 6 (2) ist ausgeführt: „Beide Parteien sind bestrebt, nach Maßgabe ihrer haushaltsrechtlichen Möglichkeiten zwei Jahre vor Ablauf dieses Vertrages entsprechende Regelungen für einen Anschlussvertrag vorzubereiten.“

Ich frage:

- 1. Gibt es zum jetzigen Zeitpunkt zwischen der Stadt Halle und dem Land Sachsen-Anhalt bereits Gespräche über eine Anschlussregelung?**
- 2. Wenn ja, wieweit sind diese Gespräche gediehen und welche Zwischenergebnisse existieren? Wenn nein, warum nicht?**
- 3. Wie beurteilt die Stadt ihre haushaltsrechtlichen Möglichkeiten jetzt und in den Folgejahren nach 2008 hinsichtlich eines Anschlussvertrages?**
- 4. Welche Aktivitäten hat die Stadt Halle (Saale) bisher realisiert, um den § 5 (1) [Kooperation mit den Bühnen in Magdeburg und Dessau unter dem Aspekt der Schärfung des eigenständigen künstlerischen Profils des Standortes Halle] effektiv auszufüllen?**

Antwort der Verwaltung:

Zu 1

Am 30. Mai 2007 wird in Dessau eine vom Herrn Kultusminister Prof. Dr. Olbertz initiierte Theaterkonferenz stattfinden, die zugleich den Auftakt bilden wird für die Verhandlungen zwischen den Rechtsträgern der betreffenden Kultureinrichtungen und dem Kultusministerium in Bezug auf die entsprechenden Anschlussverträge ab dem Jahr 2009.

Zu 2

Lt. bestehendem Theatervertrag hätten diese Verhandlungen längst beginnen müssen, und die Stadt Halle (Saale) hat deswegen auch rechtzeitig bei dem zuständigen Herrn Staatssekretär vorgesprochen. Jedoch hat das Kultusministerium um den unter Punkt 1) beschriebenen Verfahrensweg gebeten, so dass noch keine Zwischenergebnisse von Verhandlungen vorliegen können.

Zu 3

Sobald der Vertrag von den Vertragspartnern unterzeichnet und damit rechtskräftig wurde, ist die Einhaltung dieses Vertrags sowohl von Seiten der Stadt Halle (Saale) als auch von Seiten des Landes Sachsen-Anhalt ein gegenseitig verpflichtender Vorgang. Das heißt, der abgeschlossene Vertrag wirkt entsprechend seinen Regelungen auf die Folgejahre.

Zu 4

Die Stadt Halle (Saale) hatte mit der Stadt Dessau Gespräche aufgenommen in Bezug auf eine eventuelle Kooperation im Bereich Ballett. Leider blieben diese Bemühungen ohne Erfolg. Mit der Stadt Magdeburg wurden noch keine diesbezüglichen Gespräche aufgenommen, weil die entsprechenden Tarifverträge maximal zulässige Entfernungen definieren und deshalb eine Bühnenkooperation zwischen Magdeburg und Halle nicht möglich ist. Die Stadt Halle (Saale) wird sich deshalb bemühen, mit der Stadt Leipzig zu kooperieren; entsprechende Gespräche zwischen den Verwaltungsspitzen laufen bereits.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.11 Anfrage der Stadträtin Prof. Dorothea Vent - MitBürger - zu Ordnungswidrigkeiten von Hundehaltern Vorlage: IV/2007/06428

- 1. Wie viele Ordnungswidrigkeitstatbestände wurden im Jahr 2006 im Bereich von Verstößen von Hundehaltern gegen städtische Vorschriften (Hundesteuersatzung; Gefahrenabwehrverordnung; Benutzungssatzung für öffentliche Anlagen, Spielplätze und Grünanlagen; u.s.w.) erfasst?**
- 2. Wie viele Mitarbeiter der Stadtverwaltung sind in diesem Bereich mit der Kontrolle der Einhaltung der städtischen Vorschriften befasst?**
- 3. In welcher Höhe waren infolge der Ahndung der Verstöße Einnahmen der Stadtkasse im Jahr 2006 zu verzeichnen? Wie hoch sind in diesem Bereich die offenen Forderungen?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Im Fachbereich Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit wurden im Jahr 2006 insgesamt 204 Verfahren zu Verstößen von Hundehaltern eingeleitet.

Dies gliedert sich wie folgt:

- 7 Verfahren bezüglich §§ 10 Abs. 2, 13 Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale) - Hundekot - ,
- 50 Verfahren bezüglich §§ 10 Abs. 3, Satz 1, 13 Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale) - ohne Leine -
- 3 Verfahren bezüglich §§ 4 Abs. 2 Nr. 12, 9 Abs. 1 a Verordnung über den geschützten Landschaftsbestandteil Pulverweiden - ohne Leine -
- 144 Verfahren bezüglich §§ 4 Abs. 1 Nr. 10, 8 Abs. 1 Nr. 13 Benutzungssatzung für öffentliche Anlagen, Spielplätze und Grünanlagen der Stadt Halle (Saale) - ohne Leine außerhalb gekennzeichnetener Hundewiesen -

zu 2.

Seitens des FB 32 werden Kontrollen insbesondere durch den Vollzugsdienst durchgeführt. 20 Mitarbeiter kontrollieren regelmäßig neben ihren sonstigen Aufgaben die Einhaltung von Verordnungen und Satzungen der Stadt Halle (Saale) in Bezug auf das Vorliegen von Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit Hunden. Es handelt sich hierbei insbesondere um Verstöße gegen den Leinenzwang und Verunreinigungen durch Hunde.

Nach Auskunft vom Ressort Steuern und vom Fachbereich Grünflächen werden dort keine Mitarbeiter zu Kontrollzwecken vorgehalten.

zu 3.

Im Jahr 2006 sind infolge der Ahndung der Verstöße in der Stadtkasse Einnahmen in Höhe von 5.861,60 Euro zu verzeichnen. Die offenen Forderungen belaufen sich auf 2.274,00 Euro.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.12 Anfrage der Stadträtin Prof. Dorothea Vent - MitBürger - zu Ordnungswidrigkeiten im Bereich unzulässiger Werbung
Vorlage: IV/2007/06433**

- 1. Wie viele Ordnungswidrigkeitstatbestände wurden im Jahr 2006 im Bereich von Verstößen infolge unzulässiger Aufstellung von Werbeanlagen und unzulässiger Plakatierung gegen städtische Vorschriften (Sondernutzungssatzungen; Benutzungssatzung für öffentliche Anlagen, Spielplätze und Grünanlagen; u.s.w.) erfasst?**
- 2. Wie viele Mitarbeiter der Stadtverwaltung sind in diesem Bereich mit der Kontrolle der Einhaltung der städtischen Vorschriften befasst?**
- 3. In welcher Höhe waren infolge der Ahndung der Verstöße Einnahmen der Stadtkasse im Jahr 2006 zu verzeichnen? Wie hoch sind in diesem Bereich die offenen Forderungen?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Im Fachbereich Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit wurden im Jahr 2006 insgesamt 18 Verfahren zu Verstößen infolge unzulässiger Aufstellung von Werbeanlagen und unzulässiger Plakatierung eingeleitet. Rechtsgrundlage sind hier die §§ 4 Abs. 1, 10 Abs. 1 a Sondernutzungssatzung der Stadt Halle (Saale).

zu 2.

Mit der Firma Ströer DSM GmbH hat die Stadt Halle einen zivilrechtlichen Vertrag zur gewerblichen Werbung im Stadtgebiet abgeschlossen. Damit hat die Ströer DSM GmbH das alleinige Recht zur Werbung im öffentlichen Verkehrsraum. D. h., diese Firma erteilt entsprechende Erlaubnisse an Dritte zur Werbung, die sie regelmäßig mit vertraglichen Auflagen versieht. Aufgrund dieses Vertrages werden im Bereich der Werbung Kontrollen durch die Firma Ströer DSM GmbH selbst durchgeführt.

Ferner werden durch den FB 32 - allerdings nur bei Gefahr im Verzuge - ordnungswidrig angebrachte Werbeplakate sofort im Wege der Ersatzvornahme entfernt. D. h., die 20 Mitarbeiter des Stadtordnungsdienstes im Fachbereich 32 gehen nicht generell gegen ordnungswidrig angebrachte Werbeplakate vor, da die ordnungsgemäße Anbringung vertraglich zwischen der Ströer DSM GmbH und ihren jeweiligen Vertragspartnern geregelt ist. Es handelt sich vorliegend demnach um eine privatrechtliche Angelegenheit. Verstöße gegen dieses privatrechtliche Vertragsverhältnis werden entsprechend auf zivilrechtlicher Ebene geklärt. Weiterhin erfolgen nach Auskunft der Unteren Verkehrsbehörde durch eine Mitarbeiterin nur unregelmäßige Kontrollen von Werbeanlagen, da regelmäßige Kontrollen in der Unteren Verkehrsbehörde personell nicht vorgesehen sind. Dabei festgestellte Verstöße werden seitens der Unteren Verkehrsbehörde der Ströer DSM GmbH zur Durchsetzung ihrer zivilrechtlichen Ansprüche mitgeteilt.

Die Untere Verkehrsbehörde erteilt ferner Sondernutzungsgenehmigungen für politische Werbung im Rahmen von Wahlen im öffentlichen Raum. Die Kontrolle der ordnungsgemäß angebrachten Wahlwerbeplakate erfolgt seitens der unteren Verkehrsbehörde durch eine Mitarbeiterin. Daneben melden auch die Mitarbeiter des Vollzugsdienstes im FB 32 entsprechende Verstöße an den zuständigen Fachbereich Tiefbau/Straßenverkehr.

zu 3.

Im Jahr 2006 sind infolge der Ahndung der Verstöße in der Stadtkasse Einnahmen in Höhe von 527,40 Euro zu verzeichnen. Die offenen Forderungen belaufen sich auf 170,20 Euro.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.13 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Arbeitsstättenverordnung
Vorlage: IV/2007/06403**

Wie ist der Stand der Durchsetzung von § 5 der Arbeitsstättenverordnung in den von der Stadtverwaltung genutzten Gebäuden? Ist insbesondere der Nichtraucherchutz auf Verkehrswegen, Fluchtwegen und an Notausgängen in den betreffenden Gebäuden konsequent durchgesetzt?

Antwort der Verwaltung:

Der § 5 der Verordnung über Arbeitsstätten schreibt dem Arbeitgeber vor, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die nicht rauchenden Beschäftigten in Arbeitsstätten wirksam vor den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch geschützt sind.

Mit Einführung und Umsetzung der DV 05/2005 „Umgang mit psychoaktiven Substanzen und substanzbezogenen Störungen am Arbeitsplatz“ wurde diese Forderung konkretisiert. Die Nr. 4 dieser Dienstvereinbarung regelt, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die Beschäftigten wirksam vor den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch zu schützen.

Ziel der Dienstvereinbarung ist ein generelles Rauchverbot in den Gebäuden der Stadtverwaltung. Das Rauchen wurde bis auf gekennzeichnete Raucherzonen und für in Einzelzimmern ohne Publikumsverkehr sitzende rauchende Beschäftigte untersagt.

Flankierend bietet die Stadtverwaltung über die Betriebsärztin den rauchenden Beschäftigten eine Beratung und Begleitung bei der Raucherentwöhnung an.

Ende des Jahres 2006 wurde durch den FB 11 evaluiert, wie mit Ausblick auf eine Regelung, die ein generelles Rauchverbot in allen öffentlichen Gebäuden normiert, weiter vorgegangen werden kann.

Im Ergebnis war festzustellen, dass es hinsichtlich dieser Forderung nur noch zwei Verwaltungsgebäude gibt, in denen die Umsetzung dieser Forderung nicht erfüllt ist. Dies betrifft den Ratshof und das Stadthaus, wo sich die Raucherinseln in Verkehrsbereichen befinden, die auch von Nichtrauchern genutzt werden.

Hier ist eine Verlagerung der Raucherzonen zum schnellstmöglichen Zeitpunkt geplant.

In allen anderen Gebäuden ist der Nichtraucherchutz so umgesetzt worden, wie dies die Arbeitsstättenverordnung vorschreibt. So wurden in den einzelnen Bereichen Raucherzonen geschaffen, die den Nichtraucher effektiv schützen bzw. generell das Rauchen untersagt.

Egbert Geier
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.14 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum 60. Todestag von Richard Robert Rive
Vorlage: IV/2007/06404

Plant die Stadtverwaltung eine Aktivität zum 60. Todestag von Richard Robert Rive am 23. November 2007?

Antwort der Verwaltung:

Es ist geplant, den 60. Todestag von Herrn Richard Robert Rive am 23.11.2007 gebührend zu würdigen. Die Verwaltung wird hierzu einen Vorschlag erarbeiten und die politischen Gremien rechtzeitig in die Überlegungen einbeziehen.

Szabados
Bürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.15 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UN-ABHÄNGIGE - zum Projekt "Klimaschutz macht Schule" als haushaltskonsolidierender Beitrag
Vorlage: IV/2007/06423

Vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung und weil im Haushaltsentwurf 2007 kein Betrag zu finden ist, fragen wir nach dem Projekt „Klimaschutz macht Schule“ wie folgt:

- 1. Wie ist der Stand der Umsetzung?**
- 2. Wie hoch war der Betrag im Jahr 2006?**
- 3. Welche Schulen haben sich am Projekt beteiligt?**
- 4. Welche Kindergärten und Horte haben sich an diesem Projekt beteiligt?**
- 5. Gab es Neuanmeldungen zum Projekt?**
Wenn ja, welche?
- 6. Warum ist im Haushaltsentwurf 2007 kein Betrag eingetragen?**
- 7. Mit welchem haushaltskonsolidierenden Betrag rechnen Sie für die nächsten Jahre?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1

Im Jahr 2005 wurde festgestellt, dass in den Schulen keine E-Teams mehr existieren. Gründe dafür sind unter anderem die fehlende Projektbetreuung an den Schulen durch Fluktuation von Lehrkräften, die Aufgabenneuverteilung der Hausmeister und der Vorrang der Unterrichtssicherung zu Lasten zusätzlicher freiwilliger Projekte. Aus diesem Grund erfolgte die letzte Auszahlung von Mitteln der Energieeinsparung an die am Projekt beteiligten Schulen für das Schuljahr 2003/2004.

Es bestand Übereinstimmung bei den Beteiligten, dass ohne die Projektarbeit an den Schulen es nicht gerechtfertigt ist, bei einem de facto geringeren Energieverbrauch Anteile der „Einsparung“ an die Schulen weiterzureichen. Außerdem erschien die Weiterführung mit den anfangs festgelegten Startwerten, d. h. den Ausgangsverbrauchswerten auf die eine Energieeinsparung bezogen wird, nicht zweckmäßig. Durch Instandhaltungsmaßnahmen und den tendenziellen Anstieg der Jahresdurchschnittstemperaturen sind die Startwerte neu zu bestimmen, um reale Einspareffekte feststellen zu können.

Rücksprachen mit den Schulen im Jahr 2006 ergaben, dass das Vorhaben kaum noch bekannt ist. Die Stadt Halle (Saale) beabsichtigt das Projekt neu zu beleben. Es sollen Schulen unter Ausschluss der PPP-Projekte und unter Berücksichtigung der Schulentwicklungsplanung anhand der im EB ZGM vorliegenden technischen Daten und Verbrauchswerte ausgewählt sowie neue Startwerte ermittelt werden. Die entscheidende Voraussetzung dafür sind Ansprechpartner sowie personelle Kapazitäten zur Anleitung der „E-Teams“ in den einzelnen Einrichtungen.

zu 2

Da das Projekt seit dem Schuljahr 2004/2005 nicht weitergeführt wurde, wurde die Energieverbrauchsentwicklung nicht ermittelt.

zu 3

Zuletzt, d.h. im Schuljahr 2003/2004, waren folgende Schulen am Projekt beteiligt:

Grundschulen:

Wittekind
Heide-Lettin

Sekundarschulen:

Heide-Nord*;
Heinrich Heine, Halle-Neustadt;
Am Fliederweg;
Robert-Koch*;
Alexander von Humboldt

Reideburg*;
Karl Liebknecht*;
Adam Ries*;
Erich Kästner*;

Gymnasien:

Südstadt-Gymnasium;
Adolf-Reichwein-Gymnasium*

Einrichtungen:

Schulumweltzentrum Franzigmark
Ökoschule Franzigmark

* Schulen existieren in dieser Form nicht mehr (Schulentwicklungsplanung)

zu 4

Kindergärten und Horte haben sich nicht am Projekt beteiligt.

Erfahrungen projektbeteiligter Schulen machen deutlich, dass Erfolge durch Nutzerverhaltensänderung nur durch eine kontinuierliche pädagogische Projektarbeit und Fortbildung möglich sind.

zu 5

Es gab keine Neuanmeldungen zum Projekt. Es liegt die Bereitschaft des Schulumweltzentrums Franzigmark vor, am Projekt teilzunehmen.

zu 6

Im Haushaltsansatz wurden und werden grundsätzlich keine zu erwartenden Einsparungen geplant und eingetragen.

zu 7

Haushaltskonsolidierende Beträge, die aus dem Projekt „Klimaschutz macht Schule“ resultieren, sind nicht exakt zu definieren. Ein Neustart des Projektes würde unter veränderten Voraussetzungen erfolgen, da die Ausgangswerte, auf die jeweils die Einsparungen bezogen werden, neu festgelegt werden. Es ist aber davon auszugehen, dass das Einsparpotential kontinuierlich abnehmen wird.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.16 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zur Umsetzung des Antrages zur Aufstellung von Toiletten auf der Peißnitz Vorlage: IV/2007/06426

Auf der Sitzung am 22.11.06 hat der Stadtrat mehrheitlich der Aufstellung von Toiletten auf der Peißnitz zugestimmt.

Wir fragen daher:

- 1. Wann wird die Stadtverwaltung diesen Beschluss umsetzen?**
- 2. Gibt es schon Vorstellungen, wo diese Toiletten aufgestellt werden sollen?**

Antwort der Verwaltung:

Auf der Peißnitzinsel gibt es zwei öffentliche Spielplätze, einen in der Nähe des Guts Gimritz und einen in der Nähe des Planetariums. Daraus ableitend, geht die Verwaltung von zwei öffentlichen Toiletten aus, jeweils eine in der Nähe eines Spielplatzes. Die vorhandene stadttechnische Infrastruktur und das Überschwemmungsgebiet fordern erhöhte Aufwendungen an die Realisierung der gewünschten Standorte. So wird für die Investition der beiden Standorte eine Gesamtsumme von ca. 400.000,- € geschätzt. Die DSM wäre bereit, diese Standorte im Rahmen bestehender Verträge zu realisieren, macht jedoch darauf aufmerksam, dass die Investition, Unterhaltung und Abschreibung der Toiletten zu Lasten der Nettoeinnahme an Werbung geht und somit die Pachteinnahme der Stadt über Jahre schmälert. Mithin würde die Stadt auf laufende Einnahmen zugunsten des Verwaltungshaushaltes in o.g. Höhe verzichten müssen. Dem entgegenzuwirken, hat die Verwaltung eine erste Sofortlösung realisiert, die beide Spielplätze bedient und keine Investition erfordert. Seit dem 01.04.2007 wird die Toilette in der Peißnitzbühne als öffentliche Toilette den Besuchern der Peißnitzinsel angeboten. Diese Toilettenanlage ist für Großveranstaltungen ausgelegt und würde auf Grund ihrer zentralen Lage die Bedürfnisse auf der Peißnitzinsel hinreichend bedienen. Weitergehend wird von der Verwaltung untersucht, die Toilettenanlage im ehemaligen Pionierhaus mit geringen Investitionen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Erste Ergebnisse zeigen jedoch, dass die dortige Toilettenanlage seit ca. 15 Jahren außer Betrieb ist und sich in einem äußerst desolaten Zustand befindet.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Entsorgung über eine völlig verschlissene Klärgrube nicht wieder aufgenommen werden kann. Erste Schätzungen für eine Nutzbarmachung dieser Toilettenanlage belaufen sich auf ca. 300.000,- Euro. Die Stadtverwaltung empfiehlt, die Sofortlösung in der Peißnitzbühne auf Grund ihrer zentralen Lage als Übergangslösung zu bestätigen und die Option einer weiteren öffentlichen Toilette im ehemaligen Pionierhaus nach der Zuführung des Pionierhauses in einer privaten Nutzung offen zu halten.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, machte deutlich, dass es sich hier um ein Hygiene- und auch Seuchenproblem handele. Er prognostizierte, dass die Bühnentoilette nicht angenommen werde. Sollte die Stadt hier keinen Seuchenschutz betreiben, werde er bei den entsprechenden Behörden Anzeige erstatten. Die Stadt gefährde hier die Gesundheit ihrer Bürger. Herr Prof. Dr. Schuh sehe hierin nicht die Umsetzung des damaligen Ratsbeschlusses.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, ergänzte, dass es sich um drei öffentliche Spielplätze handele und nicht – wie in der Stellungnahme aufgeführt – um zwei Spielplätze.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.17 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Themenkomplex der Fördermittelverwendung bei den freien Trägern
Vorlage: IV/2007/06432**

In den Aussagen der Stadtverwaltung unter anderem zur Verwaltungsvorlage und zu Anfragen im letzten Stadtrat wurde der Eindruck erweckt, die freien Träger können Fördermittel zweckübergreifend verwenden.

Als Beispiel: Die Seniorenbegegnungsstätte Dornröschen könne zukünftig aus anderen Fördermittelzuwendungen betrieben werden.

Wir fragen daher die Verwaltung:

- 1. Für welche Projekte/Förderungen ist mit der AWO und anderen freien Trägern über eine geänderte Form der Verwendung gesprochen worden?**
- 2. Sind Vereinbarungen einvernehmlich herbeigeführt worden?**
- 3. Inwieweit sind die Änderungen durch das Verwaltungshandeln gedeckt oder werden diese noch in den beschließenden Jugendhilfeausschuss eingebracht?**

Antwort der Verwaltung:

Zu 1- 3.

Grundsätzlich werden nach Antragstellung auf Förderung mit den Trägern Gespräche zur inhaltlichen Verwendung der Mittel geführt. Gemäß geltender Förderrichtlinien in allen Bereichen sind nach erfolgter Bewilligung/vertraglicher Bindung die Mittel zweckentsprechend einzusetzen. Eine Änderung der Bewilligung/vertraglichen Bindung ist jederzeit auf Antrag des Fördermittelnnehmers im Rahmen der geltenden Fördermittelrichtlinien und unter Herbeiführung ggf. erforderlicher Beschlüsse der Gremien durch die Verwaltung möglich.

Szabados
Bürgermeisterin

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, teilte mit, dass sie sich bezüglich Frage 1 auf Aussagen von Frau Bürgermeisterin Szabados aus der letzten Ratssitzung im Hinblick auf den versandten Brief bezogen habe. Die Fragen 2 und 3 seien unzureichend bzw. gar nicht beantwortet worden.

Frau Bürgermeisterin Szabados erläuterte, dass man versucht habe, zusammenhängend zu antworten auf die grundsätzlichen Fragen zum Umgang mit Bewilligungsbescheiden. Wenn man den Förderzweck ändern wolle, sei dies in Abstimmung miteinander möglich. Für sie sei die Anfrage beantwortet.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.18 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Thema Jugendhilfeplanung Vorlage: IV/2007/06434

Nach Aussagen von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses hat die LIGA der Wohlfahrts-
pflege in der letzten Sitzung des JHA angefragt, wann die Planung der freiwilligen Projekte erfolgt. Die LIGA hat darauf verwiesen, dass ihr die prekäre Situation infolge des Verhaltens des Landesverwaltungsamtes bekannt sei. Dennoch wurde angeregt, zunächst die schon vor vielen Jahren vorgenommene Priorisierung zu fördernder Dienste und Projekte zu überarbeiten, da Mittelkürzungen erwartbar sind. Seit längerem mehren sich die Hinweise, dass städtische Planungspflichten im Bereich der Jugendhilfe durch die Mehrheit der freien Träger als rechtswidrig verletzt betrachtet werden. Der in der vergangenen Woche durchgeführte zweite Workshop zum Fachkonzept führte zum Eklat, zahlreiche Träger verließen die Veranstaltung. Wiederholt konnten Fragen zum Fachkonzept durch die Verwaltung nicht beantwortet werden.

Wir fragen daher:

- 1. Ist der Vorwurf der freien Träger berechtigt, dass städtische Planungspflichten im Bereich der Jugendhilfe als rechtswidrig betrachtet werden?**
- 2. Wie reagiert die Stadtverwaltung auf den Vorwurf der freien Träger, dass städtische Planungspflichten im Bereich der Jugendhilfe als rechtswidrig betrachtet werden?**
- 3. Wann wird die Fachplanung erfolgen?**

4. **Hat die Stadtverwaltung die einmal bestandenen Planungsgruppen (Planungsgruppe Offene Jugendarbeit/Planungsgruppe HzE/Planungsgruppe Schulsozialarbeit) geschlossen?**
5. **Wenn ja, warum?**

Antwort der Verwaltung:

1. Fragen 1-3 hinsichtlich der Planung

Die Beschlüsse zur Jugendhilfeplanung sind im Jugendhilfeausschuss zu fassen, in dem die freien Träger sowohl durch die LIGA als auch den Stadt-, Kinder- und Jugendring vertreten sind. Des Weiteren besteht gemäß § 7 des AG KJHG LSA ein ständiger Unterausschuss, der sich konkret mit der Vorbereitung der Beschlüsse im Bereich der Jugendhilfeplanung auseinandersetzt.

Unter Beteiligung von unterschiedlichen Gremien wurden im Jahr 2004 die Prioritäten von Diensten und Leistungen für die Jahre 2005 ff erarbeitet und verabschiedet.

Jährlich werden die Angebote und Leistungen bewertet und als Beschlussvorlage zu den Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel abschließend im Jugendhilfeausschuss diskutiert und beschlossen.

Eine Rechtswidrigkeit in der Jugendhilfeplanung der Stadt ist nicht gegeben und als Vorwurf strikt zurückzuweisen.

2. Fragen 4-5 hinsichtlich der Gremienstruktur

Mit dem Beschluss des Stadtrates 2002 zur sozialraumorientierten Planung (III/2002/02388) begann die Umgestaltung der Gremienstruktur. Es wurden Sozialraumplanungsgruppen gebildet, in denen mehrheitlich freie Träger der Jugendhilfe mitwirken.

Die Auseinandersetzung zu Fragen von Fachstandards, Qualitätssicherung u.a. fand bis Ende 2006 noch parallel in Arbeitsgruppen gemäß § 78 SGB VIII statt.

Mit dem Grundsatzbeschluss des Jugendhilfeausschusses zum Fachkonzept des FB Kinder, Jugend und Familie wurde die grundsätzliche Arbeit in den Sozialraumplanungsgruppen in den Mittelpunkt gestellt, in denen über Qualitätszirkel alle Themen beraten werden.

Szabados
Bürgermeisterin

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, konnte aus der Beantwortung keine Antwort auf Frage 3 zur Fachplanung herauslesen.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.19 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Themenkomplex Sozialraumgruppenplanung
Vorlage: IV/2007/06435**

Maßgebliches Anliegen des neuen Fachkonzeptes war es, Akteure der Wirtschaft, der Kultur und des Sportes in die Sozialraumgruppenplanung aufzunehmen.

Wir fragen daher:

Welche Akteure sind konkret für die Mitwirkung gewonnen worden?

Die START gGmbH hat dem Jugendhilfeausschuss zugesichert, dass das neue Fachkonzept tatsächlich auch zur gewünschten Konsolidierung führt.

Wir fragen daher:

Welche Beiträge zur Haushaltskonsolidierung konnten erreicht werden?

Muss die Stadt Halle im Falle des Nichteintretens im Rahmen eines verantwortungsvollen Verwaltungshandelns Regressforderungen geltend machen?

Antwort der Verwaltung:

Die Bildung von Sozialraumplanungsgruppen - als ein Baustein in der Umsetzung des Fachkonzeptes - ist ein Prozess, der gemeinsam mit den Trägern und der politischen Ebene ausgehandelt wird. Daher wurde dieses Thema ausführlich im Unterausschuss Jugendhilfeplanung diskutiert, insbesondere die anteilige Zusammensetzung sowie die Ziele, Aufgaben und Kompetenzen dieser Arbeitsgemeinschaften. Die Zusammensetzung der jeweils 5 Sozialraumplanungsgruppen wurde wie folgt vereinbart:

	LIGA	SKJR	Freier Träger	Schnittstellen	Wirtschaft u.a.
Sozialraum	2	2	1	2	2

Die Vorschläge für die Vertreter der LIGA und des SKJR erfolgen von diesen Gremien. Weitere Mitglieder werden seitens der Verwaltung auf der Grundlage der Problemlagenbeschreibungen der Sozialräume vorgeschlagen. In der kommenden Sitzung werden die o.g. Punkte konkretisiert und im Rahmen der fortlaufenden Berichterstattung dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Anfrage:

Die START gGmbH hat dem Jugendhilfeausschuss zugesichert, dass das neue Fachkonzept tatsächlich auch zur gewünschten Konsolidierung führt.

Wir fragen daher:

Welche Beiträge zur Haushaltskonsolidierung konnten erreicht werden?

Muss die Stadt Halle im Falle des Nichterreichens im Rahmen eines verantwortungsvollen Verwaltungshandelns Regressanforderungen geltend machen?

Antwort der Verwaltung:

Das Ziel der Haushaltskonsolidierung im Bereich Hilfen zur Erziehung fand in der Haushaltsplanung für 2007 bereits Berücksichtigung. Gesicherte Ergebnisse lassen sich zum jetzigen Stand der Umsetzung des Fachkonzeptes jedoch noch nicht ermitteln.

Regressansprüche werden generell geltend gemacht bei schuldhafter Nichterfüllung von Verträgen.

gez. Szabados
Bürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.20 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zur Verteilung der Landesmittel auf die einzelnen Kultureinrichtungen ab 2006
Vorlage: IV/2007/06437**

Im Unterabschnitt 3318 wird folgende Aussage getroffen:

Die Landeszuschüsse für die Bühnen der Stadt Halle (Saale) aus dem UA 3310, UA 3311, UA 3312 und UA 3326 werden ab dem HHJ 2006 im UA 3318 dargestellt.

Diese Darstellung konnten wir in diesem UA nicht finden, daher fragen wir die Stadtverwaltung Folgendes:

Wie erfolgt die Verteilung der Landeszuschüsse an die einzelnen UA konkret ab 2006?

Antwort der Verwaltung:

Die Landeszuwendungen für die Bühnen der Stadt Halle (Saale) werden im Unterabschnitt 3318 ab dem Haushaltsjahr 2006 unter der Haushaltsstelle 1.3318.171000 als Einnahmen verbucht. Dem Stadtratsbeschluss IV/2006/05586 „Verteilung der Gesamtzuschüsse an die Bühnen der Stadt Halle (Saale) einschließlich der Landeszuwendungen für die Haushaltsjahre 2006, 2007, 2008“ entsprechend, erfolgt die Verteilung dieses Zuschusses auf die Bühnen der Stadt Halle (Saale), wie im kamerale Haushalt üblich, über den Gesamtzuschuss an die betreffenden Einrichtungen.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, erläuterte nochmals ihre Frage und konnte keine Beantwortung hierauf finden.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.21 Anfrage der Stadträtin Elisabeth Nagel - Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zu Überstunden in der Stadtverwaltung
Vorlage: IV/2007/06408**

- 1. Wie viele bezahlte Überstunden sind in den Fachbereichen im Jahr 2006 angefallen?**
- 2. Wie viele Überstunden wurden zusätzlich zum Stichtag 31.12.2006 „angesammelt“? (Aufschlüsselung nach Fachbereichen)**

Antwort der Verwaltung:

zu 1:

Im Jahr 2006 wurden insgesamt 3.492 Überstunden vergütet. Dieses entspricht in etwa dem Arbeitszeitvolumen von 2 Vollzeitstellen.

Gründe für die Anordnung der Überstunden lagen u. a. in den besonderen Arbeitsbelastungen im Rahmen der Vorbereitung des Sachsen-Anhalt-Tages und der 1200 Jahr-Feier, sowie in der Vertretung von länger erkrankten Beschäftigten.

zu 2:

Nach § 7 Abs. 7 TVöD sind Überstunden nur die auf Anordnung des Arbeitgebers geleisteten Arbeitsstunden, die über die im Rahmen der regelmäßigen Arbeitszeit von Vollbeschäftigten für die Woche dienstplanmäßig bzw. betriebsüblich festgesetzten Arbeitsstunden hinausgehen und nicht bis zum Ende der folgenden Kalenderwoche ausgeglichen werden. Diese Überstunden sind vom Arbeitgeber gemäß § 8 TVöD zusätzlich zum Tabellenentgelt zu vergüten.

Die Anfrage wird jedoch so verstanden, dass alle Arbeitsstunden gemeint sind, die über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus von Beschäftigten im Rahmen der Dienstvereinbarung zur Regelung der Arbeitszeit Nr. 02/2003 auf dem persönlichen Arbeitszeitkonto gutgeschrieben werden.

Nach der in der Stadtverwaltung Halle geltenden Dienstvereinbarung sind die Arbeitszeitkonten als so genannte „Ampelkonten“ ausgestaltet. Danach liegt es allein in der Disposition des Beschäftigten, bis zu 20 Plusstunden (d. h. über die Sollarbeitszeit hinaus geleistete Arbeitsstunden) anzusammeln. Darüber hinaus ist es in Absprache mit den Vorgesetzten möglich, auch mehr als 20 Plusstunden anzusammeln, die zu einem späteren Zeitpunkt durch Freizeit abgegolten werden.

Im Jahr 2006 haben die Mitarbeiter in den städtischen Fachbereichen mit Stand 31. Dezember 2006 pro Kopf durchschnittlich 18,5 Mehrstunden angesammelt. Die Einzelheiten zu den durchschnittlichen Mehrstundenzahlen in der Stadtverwaltung sowie in den einzelnen Fachbereichen sind den zwei anliegenden Diagrammen zu entnehmen.

Egbert Geier
Beigeordneter Zentraler Service

2 Anlagen

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.22 Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zum Mieterticket
Vorlage: IV/2007/06412**

Welche Überlegungen gibt es in den kommunalen Wohnungsgesellschaften zur Stabilisierung des Vermietungsstandes bzw. zur Gewinnung neuer Mieter ein „Mieterticket“ oder ein für neue Mieter kostenfreies „Schnupperticket“ für den ÖPNV der Stadt Halle (Saale) in Zusammenarbeit mit den in der Stadt Halle (Saale) tätigen Verkehrsunternehmen einzuführen?

Antwort der Verwaltung:

Die kommunalen Wohnungsgesellschaften und die HAVAG wurden zur Beantwortung der Anfrage um Stellungnahme bis zum 10.05.2007 gebeten. Anschließend erfolgt die Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im Monat Mai.

**zu 8.23 Anfrage der Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Feinstaubbelastung der Bürger der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06414**

Auf der Merseburger Straße werden PKW-Fahrer mittels optischer Anzeige gebeten, auf Grund der aktuellen PM10 (Feinstaub)-Belastung (Stadt Halle (Saale) per 31.03.2007 bereits 7 Überschreitungen der zulässigen Belastung) auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen.

- 1. Welche konkreten Maßnahmen werden durch die Stadt Halle (Saale) unternommen, um diese Aufforderung, verstärkt öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, angesichts anhaltender Leistungskürzungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln der Stadt Halle (Saale) umzusetzen?**
- 2. Welche konkreten Maßnahmen zur stärkeren Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel wird die Stadt Halle (Saale) in den unverbindlichen Maßnahmenkatalog für die Stadt Halle (Saale) seitens der zuständigen Behörden verbindlich aufnehmen lassen?**
- 3. Wann liegt der somit überarbeitete Aktionsplan zur Reduzierung der PM10-Belastung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) vor?**

PM10-Belastung ist keine lokal auf wenige Quadratmeter begrenzte Erscheinung. In der Stadt Halle (Saale) gibt es das seltsame Phänomen, dass die vom Straßenverkehr verursachten PM10-Belastung 50 m vor der Messstation offenbar von anderer Dimension ist, als 50 m danach, obwohl der vor Messstation befindliche Verkehr keine Ausweichmöglichkeiten hat, um einer Erfassung der von diesem Straßenverkehr verursachten Feinstaubbelastung auszuweichen!

4. **Wie erklärt sich die Oberbürgermeisterin dieses Phänomen, dass offenbar mit Querung der Kreuzung Merseburger Straße/Pfännerhöhe im weiteren Verlauf der Merseburger Straße die PM10-Belastung offenbar nicht mehr besteht?**
5. **Welche Aktivitäten hat bzw. wird die Stadt Halle (Saale) unternommen bzw. unternehmen, um die vom Straßenverkehr verursachte PM10-Belastung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) ernsthaft und nachhaltig zu verringern. (Das auf 200 m begrenzte Tempolimit rund um die Messstation ist sicher keine ernstgemeinte Maßnahme, um die v. g. Belastung nachhaltig zu senken!)**
6. **In welchem Umfang gibt es im Verantwortungsbereich der Oberbürgermeisterin Überlegungen lokal begrenzte Fahrverbote für den individuellen motorisierten Straßenverkehr zu erlassen, um die PM10-Belastung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) zu minimieren?**

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung der ersten beiden Fragen erfolgte durch den GB II.

zu 1:

Bei der Wahl des Verkehrsmittels haben die Bürger vollständige Entscheidungsfreiheit. Eingriffe der öffentlichen Verwaltung in diese Entscheidungsfreiheit würden gegen das Grundgesetz verstoßen und sind somit rechtlich nicht zulässig.

Mittels Anzeige auf den Tafeln des Parkleitsystems sollen die Bürger dennoch dafür sensibilisiert werden, bei hohen Feinstaubbelastungen verstärkt öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat im vor wenigen Tagen beschlossenen Nahverkehrsplan die Grundsätze der Sozialverträglichkeit, der Umweltverträglichkeit, der Orts- und Stadtverträglichkeit sowie der Wirtschaftlichkeit für den Nahverkehr der Stadt bestätigt.

Der aktuell angebotene Nahverkehr wird ca. jeweils zur Hälfte durch die Stadt und die Bürger (durch die Fahrkartenkäufe) finanziert. Die Stadt Halle (Saale) ist hierbei auf die finanzielle Unterstützung durch das Land Sachsen-Anhalt angewiesen. Gerade diese Mittel werden aber stets in erheblichem Maße gekürzt.

Die Mittelkürzung im Nahverkehr ist durch das Land und deren Abgeordnete zu vertreten. Die Möglichkeit, die Kürzung der Regionalisierungsmittel durch den Bund durch die höheren Einnahmen bei der Mehrwertsteuer auszugleichen, ist jedem Bundesland freigestellt.

Eine gute Vernetzung des gesamten Stadtgebietes wird mit den geringer werdenden Mitteln immer schwieriger.

Bei dem neuen Linienkonzept wurde vor allem auf eine bessere Vernetzung des nördlichen Bereichs der Merseburger Straße (ab Damaschkestraße) geachtet. Mit den dort fahrenden drei Straßenbahnlinien (2, 5, 12) sind die wichtigsten Ziele der Stadt erreichbar.

zu 2:

Die Stadt Halle (Saale) verfügt nicht über einen verbindlichen Maßnahmenkatalog.

zu 3:

Eine Antwort auf die Frage, zu welchem Zeitpunkt eine Fortschreibung des Aktionsplans für die Stadt Halle (Saale) vorgesehen ist, kann nur durch das im Land Sachsen-Anhalt für die Aufstellung und Fortschreibung von Aktionsplänen zuständige Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt erteilt werden. Der Stadt Halle (Saale) liegen dazu derzeit keine Erkenntnisse vor.

zu 4:

Durch das in Sachsen-Anhalt für die Überwachung der Luftqualität zuständige Landesamt für Umweltschutz werden die Messstellen für Luftschadstoffe entsprechend den gesetzlichen Anforderungen der 22. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes aufgestellt.

Die derzeit vorliegenden gesicherten Erkenntnisse belegen, dass tatsächlich nur am so genannten „Hot Spot Merseburger Straße“ die Gefahr von Grenzwertüberschreitungen besteht.

Der Hot Spot Merseburger Straße ist durch eine sehr hohe Verkehrsfrequenz und eine schlechte Belüftungssituation aufgrund der vorhandenen Bebauung (Straßenschlucht) gekennzeichnet.

Durch das Landesamt für Umweltschutz werden durch ein Screening weitere Hot Spots unter Berücksichtigung der Anforderungen der 22. BImSchV überprüft. Je nach Ergebnislage kann sich hierbei die Änderung der Standorte für die Messstationen oder die Einrichtung zusätzlicher Messstationen ergeben.

zu 5:

Die Maßnahmen des derzeit geltenden Luftreinhalte- und Aktionsplanes für die Stadt Halle (Saale) werden durch die Stadt Halle (Saale) konsequent ausgeführt.

Der Luftreinhalte- und Aktionsplan wurde durch das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt erlassen und ist somit für die Stadt verbindlich.

zu 6:

Mit der ab 1. März diesen Jahres in Kraft getretenen Kennzeichnungs-Verordnung (35. BImSchV, Verordnung nach § 40 Abs. 3 BImSchG) besteht nach § 40 Abs. 1 BImSchG grundsätzlich die Möglichkeit der Anordnung von Fahrverboten. Fahrverbote können danach jedoch nur dann angeordnet werden, wenn diese im Luftreinhalte- oder Aktionsplan vorgesehen sind. Weder der Luftreinhalte- noch der Aktionsplan für die Stadt Halle (Saale) enthalten momentan eine entsprechende Regelung.

Aus der Situation heraus, das in den zurückliegenden Jahren der Grenzwert für Feinstaub PM₁₀ an der Verkehrsmessstelle nicht eingehalten wurde, wird das Thema „Einrichtung von Umweltzonen“ bereits seit Mitte des vorigen Jahres durch die Stadtverwaltung in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesbehörden bearbeitet.

Aktuell wurde vom Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt ein Projekt zur Durchführung von Grundsatzuntersuchungen zur Einrichtung einer Umweltzone in Halle in Auftrag gegeben. Während dieses Projektes sollen die Wirksamkeit einer möglichen Umweltzone hinsichtlich der Einhaltung der Grenzwerte für die Luftschadstoffe Feinstaub PM₁₀ und Stickstoffoxide NO_x sowie die Auswirkungen auf den Verkehr untersucht werden. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse sollen dem Land Sachsen-Anhalt unter anderem als Entscheidungsgrundlage bei der Fortschreibung bzw. Aufstellung von Luftreinhalte- bzw. Aktionsplänen dienen.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Misch, CDU-Fraktion, erinnerte an die letzte Ratssitzung, zu derer er ein Foto übergeben hatte, welches ein Plakat zeigte, das an einem Verkehrsschild angebracht wurde. Er bat um Auskunft, ob in diesem Fall eine Ordnungswidrigkeitenanzeige erstattet wurde, da das Anbringen von Werbetafeln und Schildern an Verkehrsleiteinrichtungen rechtlich nicht zulässig sei. Außerdem informierte Herr Misch, dass auf dem Schornstein des Gebäudes der Außenschule eine Birke wachse. Er fragte nach, ob das ZGM diesen Bewuchs kurzfristig entfernen könne.

Frau Bürgermeisterin Szabados sagte zu beiden Fragen eine Beantwortung zu. Bezüglich des Plakates wisse sie zwar, dass bereits etwas unternommen wurde, aber Näheres könne sie nicht sagen.

Herr Geuther, CDU-Fraktion, fragte nach, ob einige von der Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Vorgänge im Philharmonischen Staatsorchester festgestellten möglichen Pflichtverletzungen strafrechtliche Bedeutung haben.

Frau Bürgermeisterin Szabados bat Herrn Geuther, diesen Fragenkomplex im nicht öffentlichen Teil zu stellen.

Herr Geuther äußerte, dass er keine Namen oder Personen erwähnen werde. Er fragte weiterhin, wer die Verantwortung für die unzulängliche arbeitsrechtliche Behandlung des Kündigungsverfahrens trage. Wer ist für die festgestellten möglichen Pflichtverletzungen mit verantwortlich zu machen? Er bitte um Beantwortung – gegebenenfalls im nicht öffentlichen Teil.

Frau Haupt, Fraktion Die Linkspartei. PDS, bezog sich auf einen Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung. Sei es richtig, dass der Förderantrag für das Schwimmbad zwar eingereicht sei, aber noch nicht die erzielte Wirkung erreicht habe?

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, erläuterte, dass die Stadt den Fördermittelantrag am 14. Februar beim Land eingereicht habe. Für die Entscheidungsreife habe man die Kostenberechnung nach der Leistungsstufe III haben müssen. Die Stadt habe nur eine Kostenschätzung angeben können. Die Unterlagen würden sukzessive vervollständigt. Nach dem 28. Februar habe man gemeinsam mit den Vertretern des Leistungssports die Aufgabenstellung für die Anpassungsplanung ausgearbeitet. Diese recht umfangreichen Anpassungsarbeiten liefen noch. Die Beratung am 8. Mai im Sozialministerium sei keine abschließende Beratung für die Fördermittelentscheidung. Man stehe in engem Kontakt mit der Fördermittelbehörde des Landesverwaltungsamtes und dort sei auch bekannt, dass der Antrag der Stadt vervollständigt werden müsse. Das bedeute aber nicht, dass man vom Land hinten angestellt werde. Er bat um Nachsicht, aber die Anpassungsarbeiten nähmen diese Zeit in Anspruch. Die Prüfung auf kommunalaufsichtsrechtliche Genehmigung sei bereits positiv beschieden worden. So sei dies auch dem Redakteur mitgeteilt worden.

Frau Prof. Vent, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, äußerte sich zur Gestaltung des Boulevards und des Marktes – insbesondere, dass dieser durch den Eisstand des Cafés „Rossini“ dominiert werde. Ebenso würde das Rive-Ufer von vielen Eiswagen und Aufstellern vollgestellt. Könne man nicht mit etwas Augenmaß die Sondernutzungsgenehmigungen ausgeben und auch bei Nichteinhaltung dieser entsprechend kontrollieren?

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, entgegnete, dass die Genehmigungen für die Straßensondernutzungen ausschließlich den Marktplatz beträfen. Alle anderen Straßen und öffentlichen Plätze lägen in der Zuständigkeit der jeweiligen Lastträger. Kontrollen am Boulevard hinsichtlich der Genehmigung für die Aufsteller würden bereits erfolgen. Auf das Sortiment könne man keinen Einfluss nehmen. Im Hinblick auf den Eisstand „Rossini“ informierte Herr Doege, dass dort eine Fläche von der Firma „Pegasus“ angemietet worden sei. Der Größenbereich sei vertraglich festgehalten.

Herr Sänger, CDU-Fraktion, fragte, warum zur Eröffnung der HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE der Vorsitzende des Ausschusses für Planungsangelegenheiten nicht eingeladen wurde.

Frau Bürgermeisterin Szabados entschuldigte sich. Die Stadträte zu den entsprechenden städtischen Anlässen einzuladen, sollte ein gemeinsames Anliegen sein.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, erinnerte an den beschlossenen Antrag, dass dem Bildungsausschuss die Haushaltsentwürfe für die Grundschulen, Sekundarschulen und Gymnasien für jede Schule einzeln übergeben werden. Werde dies noch rechtzeitig geschehen?

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, antwortete, dass die Verwaltung daran arbeite.

Herr Bauersfeld äußerte daraufhin seine Verwunderung. Das ZGM habe ihm zugesagt, diese Unterlagen vorrätig zu haben.

Hierauf entgegnete **Herr Dr. Marquardt,** dass die Daten natürlich bereits vorlägen.

Herr Bauersfeld führte weiterhin aus, dass die Mitglieder des Finanz- und Bildungsausschusses eine ca. 180 Seiten starke Unterlage mit Änderungen des Haushaltes und der Haushaltskonsolidierung erhalten hätten. Sei es richtig, dass die übrigen Mitglieder des Stadtrates diese Unterlagen nicht erhalten haben?

Frau Bürgermeisterin Szabados erläuterte, dass natürlich jeder Stadtrat die gesamten Unterlagen zu erhalten habe. Allerdings würde momentan im Finanzausschuss noch eine einzelne Behandlung erfolgen, aus der sicherlich auch Änderungen hervorgehen würden. Frau Szabados sagte zu, dass jeder Stadtrat noch einmal die kompletten Unterlagen erhalten würde.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, wies darauf hin, dass man sich im Finanzausschuss dazu verständigt habe, dass die Fachpolitiker nur jenen Teil erhalten, der für die Nachberatungen für ihren Fachbereich in den Ausschüssen auch notwendig ist. Nach den Schlussberatungen im Finanzausschuss würden die eingearbeiteten Änderungen – wie auch in den vergangenen Jahren üblich – nochmals allen Stadträten komplett zugehen. Zwischendurch müsse man sich in der Fraktion verständigen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, fragte noch einmal zur Schwimmhalle. Wie verhalte es mit dem Bund? Dieser sei in den Ausführungen von Herrn Doege nicht erwähnt worden, habe aber letztendlich eine bedeutende Funktion.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, gab an, dass der Bund in die Gespräche mit einbezogen würde.

Herr Dr. Meerheim fragte weiter, ob es von dort Signale gebe, dass dieser Antrag – auch wenn er bis jetzt noch nicht prüffähig vorgelegt werden konnte, eine Unterstützung erhalte?

Dies konnte laut **Herrn Doege** nicht bestätigt werden, da natürlich die Äußerung des Bundes auf den prüffähigen Unterlagen und der Entscheidung des Landes aufbaue. Dazu habe er noch keine Meldung.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, äußerte sich zur Beleuchtung der Schwimmhalle Neustadt. Dort seien auch spätabends die Lichter an, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Halle längst geschlossen habe. Sei dies – auch im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung – notwendig?

Herr Beigeordneter Doege sagte eine Prüfung der Angelegenheit und Beantwortung zu.

Herr Godenrath, CDU-Fraktion, wandte sich an Frau Bürgermeisterin Szabados bezüglich des Schriftstückes an die Vereine zu den Zuschusszahlungen. Es hieße, der Erlass käme bereits in der vergangenen Woche. Die Freien Träger seien sehr verunsichert. Habe man ein Signal, wann denn dieser Erlass kommen soll? Weiterhin fragte er für den Fall des Erlasses, ob die Stadt noch einmal ein entsprechendes Schriftstück versenden werde.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, dass bis dato noch kein Erlass vorliege. Vom Land her gibt es allerdings die Aussage, so dass die Stadt auf dieser Grundlage die Auszahlungen nach einer Abwägung vornehme. Die Verträge habe man geprüft, dort seien die Auszahlungen sofort erfolgt. Mit der Entscheidung, dass nach der Ankündigung des Landes die Vereine ihre Abschlagszahlungen erhalten, sei die Angelegenheit erledigt. Keinesfalls würde Frau Szabados ein erneutes Schriftstück versenden, um den Brief der Oberbürgermeisterin zurückzunehmen.

Auf Antrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE erfolgt ein Wortprotokoll

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE

Ich wollte noch mal, ich hatte fünf Fragen im Hauptausschuss gestellt, die eigentlich schriftlich beantwortet werden sollten zu dieser Stellenausschreibung und dem Tätigkeitsfeld drum herum. Ja, das war jetzt eigentlich noch die Frage. Und zu dem Erlass, dann sagen Sie dann in den Fraktionen irgendwann Bescheid: „Der ist jetzt da“. Und weil: Dass ist ja nicht nur die CDU-Fraktion würde nicht nur angerufen, sondern vermutlich alle Fraktionen. Man kann immer nur sagen, der Erlass, der sollte kommen, ist aber noch nicht, und da wäre es schön, wenn man das dann erfahren würde.

Frau Bürgermeisterin Szabados

Frau Wolff, ich hatte eben erklärt, dass Frau Oberbürgermeisterin Häußler angewiesen hat, dass die Gelder ausgezahlt werden nach pflichtgemäßer Prüfung. Das heißt, sie hat auch, wenn der Erlass noch nicht schriftlich vorliegt, jetzt entschieden, dass sie das verantworten kann, dass die Auszahlungen angewiesen werden. Dann kann ich Ihnen natürlich trotzdem

mitteilen, wenn der Erlass da ist, aber es hat eigentlich keine praktische Wirkung, weil vorher die Oberbürgermeisterin schon gehandelt hat.

Frau Bürgermeisterin Szabados

Die anderen Fragen, die Sie gestellt hatten, da Fragen dabei sind, die einzelne Personen betreffen, z. B. welche Abschlüsse der Jetzige hat u. ä. würde ich gerne im nicht öffentlichen Teil darauf eingehen.

E n d e des Wortprotokolls

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, bezog sich auf seine Anfrage aus der Januarsitzung zu geplanten Nachpflanzungen für gefällte Bäume in der Heideallee. In der Mitteldeutschen Zeitung sei zu lesen gewesen, dass dies ein Problem sei. Damals sei zugesagt worden, dass es ein Konzept geben würde. Er fragte nach dem Stand des Konzeptes und wann dieses der Öffentlichkeit vorgestellt würde.

Weiterhin fragte **Herr Weiland**, inwieweit bezüglich der Eingliederung des stark defizitären Flughafens Cochstedt in den Flughafen Leipzig/Halle hieraus für die Stadt Halle Nachteile zu erwarten seien. Da die Stadt ja hier beteiligt sei, wolle er wissen, ob eventuelle Pflichten auf die Stadt zukämen.

Frau Bürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung der beiden Fragen zu.

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte zur Videoüberwachung in Halle. Welche Plätze würden aktuell überwacht und gibt es eventuell Befristungen hierbei? Sei es de facto ein anderer Status, wenn dies nicht in Belangen der Stadt ist? Sofern er sich erinnere, habe Herr Beigeordneter Doege auf eine vormalige Anfrage seinerseits insofern reagiert, dass es auch Anlagen gebe, die z. B. über Polizei oder Dritte verantwortet würden. Was konkret sei unter der Verantwortung der Stadt?

Herr Beigeordneter Doege antwortete, dass es bereits eine entsprechende Beantwortung aus Ende des letzten bzw. Anfang dieses Jahres gebe. Diese wolle er noch einmal ansehen, da dort eine recht umfangreiche Ausarbeitung stattgefunden habe. Er führte aus, dass wohl Videoüberwachung keine städtische Angelegenheit sei, sondern Sache der Polizei. Die Stadt dürfe dies nicht.

Es gab eine kurze Diskussion über den entsprechenden Beschluss und dessen Rechtmäßigkeit.

Ansonsten gebe es noch im Privaten Überwachungen. **Herr Beigeordneter Doege** sagte zu, sich die Beantwortung noch einmal vorzunehmen und dann auf Herrn Krause zuzukommen, ob ihm diese Art ausreiche.

Herr Krause äußerte sich konkret zu den Kameras auf dem Marktplatz und dass man damals eine befristete Lösung beschlossen habe. Nach ca. 2 Jahren habe man wohl die Unbefristung beschlossen – es sei allerdings später noch einmal etwas dazugekommen. Seiner Erinnerung nach habe die Stadt Leipzig eine relativ dichte Überwachung und dies hätte die Stadt beschlossen. Allerdings sei hier nicht klar, ob die Landesgesetzgebung von Sachsen andere Regelungen bereithält.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, unterbrach die aufkommende Diskussion und bat um Prüfung und konkrete Auskunft.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte nach, ob es die Verwaltung im Blick habe, dass auf den Wiesen Halles die Müllbehälter überquellen. Diese reichen offensichtlich im Volumen nicht aus, allen Müll aufzunehmen. Er bat um Prüfung.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, erkundigte sich nach dem Sportgymnasium und der –sekundarschule. Nach seiner Kenntnis hätten die Schulen sehr wenige Anmeldungen erfahren. Hat dies Rückschlüsse auf bestimmte Baupläne und Kostenplanungen bezüglich des Sportbereichs in der Sportfinanzierung und gibt es Planungen und Überlegungen, zu denen auch Bildungs- und Sportausschuss informiert werden müssten?

Außerdem äußerte **Herr Wolter** in Bezug auf die Anfrage von Frau Prof. Vent zur Gestaltung des Marktplatzes, dass es seiner Ansicht nach eine Marktordnung gebe, die auch gestaltungsmäßig wirke.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, ging auf die zweite Frage ein, dass es eine Marktordnung gebe. Allerdings sei dies keine Gestaltungssatzung.

Frau Bürgermeisterin Szabados informierte bezüglich der 1. Frage, dass dies Thema im Bildungsausschuss sein werde.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte nach, aus welchem Grund in der Kleinen Ulrichstraße am Straßenbelag – der noch relativ neu sei – gearbeitet werde.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, dass es sich hier um eine Nachbesserung handele. Dies gehe auf einen Planungsfehler des damals planenden externen Büros zurück.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, ergänzte, dass die Baustelle vor den Händel-Festspiele geräumt sei.

Frau Prof. Vent, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, erkundigte sich, ob es stimme, dass in der Marktordnung festgelegt sei, dass Verkaufswagen im unteren Bereich des Marktplatzes aufgestellt werden.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, verdeutlichte, dass die Marktordnung sich auf den Wochenmarkt beziehe. Und dort befänden sich auf der Westseite Marktstände und Verkaufswagen.

Im Hinblick auf die Außengastronomie fragte **Frau Prof. Vent,** ob dies nicht unter Marktstände und Verkaufswagen falle.

Hierauf antwortete **Herr Beigeordneter Doege,** dass dies Teil der Außengastronomie sei, die beantragt und genehmigt worden ist.

Frau Prof. Vent kündigte an, hier noch einmal schriftlich nachzufragen.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 10 **Mitteilungen**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, erinnerte an die Anfrage von Herrn Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, zum Verhalten von Stadträten in der Öffentlichkeit. Er sehe als Vorsitzender des Stadtrates keinen Anlass, Vorkommnisse und Verhalten von Stadträten im öffentlichen und privaten Raum zu kommentieren bzw. zu reglementieren. Dies gelte für ihn, solange diese Personen nicht strafrechtlich in Erscheinung treten.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, führte aus, dass – wenn es sich um eine strafrechtliche Überprüfung gehandelt hätte – hätte er dies mit einem Brief an die Staatsanwaltschaft erledigen können. Er sei ganz anderer Meinung in diesem Fall. In einem Gespräch mit einem Kollegen aus der Psychiatrie habe sich dies bestätigt, nämlich dass in diesem Fall eine psychiatrische Behandlung angezeigt wäre. Dieses - verbunden mit Gewaltfantasien im Internet – sei ein bedenklicher Vorgang. Er denke schon, dass in diesem Zusammenhang eine Fürsorgepflicht bestehe und darauf wolle er hinweisen.

Herr Bartl, Vorsitzender der Stadtrates, nahm dies zur Kenntnis.

zu 10.1 Information zur Begrenzung und Strukturierung der Plakatierung für Wahlwerbung und für gewerbliche Zwecke Vorlage: IV/2007/06251

Diese Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "37. Quartalsbericht Straßenbahnneubaumaßnahme Halle- Neustadt bis Riebeckplatz/ Hauptbahnhof" Vorlage: IV/2007/06372

Diese Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Information zur Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema – Parken in der Paul- Suhr-Straße in der Sitzung des Stadtrates am 28.02.2007 (Vorlagen-Nr.: IV/2007/06281)

Diese Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme der Stadtverwaltung zum aktuellen Trend des „Kampftrinkens“ bzw. „Flatrate-Saufens“ von jungen Menschen

Diese Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 Anträge auf Akteneinsicht

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates beendete die 32. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Dagmar Szabados
Bürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin